

Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ 106. Änderung des Flächennutzungsplans

der Universitätsstadt Siegen
im Stadtteil Siegen

Stellungnahmen

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und der
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund
Stadt Siegen
AG Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

**Abteilung 6 Bergbau
Und Energie in NRW**

Datum: 11. August 2021
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2021-522
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Schneider
peter.schneider@bra.nrw.de
Telefon: 02931/82-3685
Fax: 02931/82-3624

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und die 106. FNP-Änderung im Parallelverfahren

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Ihr Schreiben vom 04.08.2021

Sehr geehrter Herr Kapitz,

zu den bergbaulichen Verhältnissen im Bebauungsplanbereich erhalten
Sie folgende Hinweise:

Die Planfläche liegt über den auf Eisenerz verliehenen inzwischen erloschenen Bergwerksfeldern „Lina I“ und „Wilhelmshöhe I“. Die letzte Eigentümerin der ehemaligen Bergbauberechtigungen ist nicht mehr erreichbar. Ein Rechtsnachfolger ist nicht bekannt.

Bergbau hat nach den hier vorliegenden Unterlagen im Plangebiet nicht stattgefunden.

Aus bergbehördlicher Sicht sind daher Bedenken oder Anregungen nicht mitzuteilen.

Hauptsitz / Lieferadresse:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE59 3005 0000 0001 6835 15
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:
DE123878675

Informationen zur Verarbeitung
Ihrer Daten finden Sie auf der
folgenden Internetseite:
<https://www.bra.nrw.de/themen/d/datenschutz/>



Bearbeitungshinweis:

Abteilung 6 Bergbau
und Energie in NRW

Seite 2 von 2

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Peter Schneider

Die Autobahn GmbH des Bundes · Otto-Krafft-Platz 8 · 59065 Hamm (Westf.)

Universitätsstadt Siegen
Rathaus Geisweid
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

**Die Autobahn GmbH
des Bundes**
Niederlassung Westfalen

Otto-Krafft-Platz 8
59065 Hamm

Anbau/Sondernutzung/
Planungen Dritter/Recht

Markus Quinkert

T 02381 912 - 443
F 02381 912 - 319
M 0162 23 98 306

markus.quinkert@autobahn.de
www.autobahn.de

Hamm, 26.08.2021

**Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änderung
hier: frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Ihre Mail vom 04.08.2021

Sehr geehrter Herr Kapitza,

das hier in Rede stehende Plangebiet befindet sich neben der Anschlussstelle der Bundesautobahn (BAB) A45. Aufgrund Lage, innerhalb der Anbaubeschränkung, ist das Fernstraßen-Bundesamt (FBA) anbaurechtlich im Verfahren zu beteiligen. Die Beteiligung erfolgt -intern- zwischen der Autobahn GmbH des Bundes (AdB), hier vertreten durch die Niederlassung Westfalen und dem FBA. Eine gesonderte Stellungnahme des FBA erfolgt somit nicht.

In Abstimmung mit dem FBA wird, seitens des Straßenbaulastträgers, zu o.g. Bauleitplanverfahren wie folgt Stellung genommen:

- Es wird um Eintragung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 Meter / 100 Meter ab befestigtem Fahrbahnrand) gebeten.
- Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Innerhalb der Anbauverbotszone nach § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) ein generelles Verbot von Hochbauten besteht. Das Bauvorhaben ist ein Hochbau im Sinne des FStrG und darf dort grundsätzlich nicht errichtet werden. Ausnahmetatbestände des Abs. 8 FStrG liegen hier nicht vor. Daher müssen die geplante PVA-Freiflächenanlage sowie weitere Hochbauten (Trafo etc.) einen Mindestabstand von 40 m zur BAB A45 aufweisen.

Geschäftsführung

Stephan Krenz (Vorsitzender)
Gunther Adler
Anne Rethmann

Aufsichtsratsvorsitz

Dr. Gerhard Schulz

Sitz

Berlin
AG Charlottenburg HRB
200131 B

Steuernummer

30/260/50246

Bankverbindung

Uni Credit Bank IBAN
DE10 1002 0890 0028 704895 BIC
HYVEDEMM488

- Da PVA-Freiflächenanlagen i.d.R. Richtung Süden ausgerichtet werden, kann eine Blendung der Verkehrsteilnehmer auf der BAB Anschlussstelle nicht ausgeschlossen werden. Daher ist ein Nachweis vorzulegen. Erst nach Vorlage dieses Blendgutachtens kann eine Einschätzung der Zustimmungsfähigkeit der PV-Anlage in der Anbaubeschränkungszone erfolgen.
- Es ist zu beachten, dass Werbeanlagen jeder Art, weder auf Straßengebiet noch innerhalb der Anbauverbotszone errichtet oder angebracht werden dürfen. In der Anbaubeschränkungszone bedürfen Anträge der Zustimmung des FBA. Dies gilt auch für Schilder bauausführender Firmen.
- Es ist zu beachten, dass anfallendes Oberflächenwasser nicht der BAB-Straßenentwässerung zugeleitet werden darf.
- Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass der -gem. EEG 2021- vorgegebene und mindestens 15 m breite Naturschutz-Korridor außerhalb der Anbauverbotszone anzuordnen ist.
- Aufgrund der Nähe zur L 533 ist auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW an diesem Verfahren zu beteiligen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Anna Bensch
Geschäftsbereichsleiterin
Personal u. Recht



i.A. Markus Quinkert
Sachbearbeiter

Von: [Quinkert, Markus](#)
An: [Stahl, Philipp](#)
Thema: Ihre Anfrage vom 02.09.21 bzgl. Blendgutachten
Datum: Freitag, 3. September 2021 13:09:12

**Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änderung
hier: frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem.
§ 4 (1) BauGB**

**Unsere Stellungnahme vom 26.08.2021
Ihre telefonische Anfrage vom 02.09.2021**

Sehr geehrter Herr Stahl,

Ihrer Anfrage vom 02.09.21 entsprechend können wir Ihnen mitteilen, dass die Autobahn GmbH des Bundes -NL Westfalen-, sowie das Fernstraßenbundesamt einen Nachweis zur Beurteilung der Blendfreiheit benötigen. Sollte eine Blendung des BAB-Verkehrs bereits durch die örtlichen Verhältnisse ausgeschlossen sein, so ist ein zusätzliches Blendgutachten nicht erforderlich.

Wir möchten Sie daher bitten, die Örtlichkeit dahingehend zu überprüfen, d.h., Höhenverhältnisse Standort PV- Flächenanlage zu Fahrbahn der BAB-Anschlussstelle, sowie evtl. vorhandener Sichtschutz (Bewuchs). Die Untersuchungsergebnisse sind uns dann, in geeigneter Weise (textlich, ggfls. auch zeichnerisch), im Rahmen des weiteren Beteiligungsverfahrens zur Verfügung zu stellen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
Markus Quinkert

Die Autobahn GmbH des Bundes
Niederlassung Westfalen
Otto-Krafft-Platz 8 · 59065 Hamm

Markus Quinkert
Recht - Planungen Dritter
M +49 162 23 98 306
T +49 2381 912 443
F +49 2381 912 370
markus.quinkert@autobahn.de
www.autobahn.de

Geschäftsführung Stephan Krenz (Vorsitzender) ·
Gunther Adler · Anne Rethmann
Aufsichtsratsvorsitz Dr. Michael Güntner
Sitz Berlin · AG Charlottenburg · HRB 200131 B

Die Autobahn GmbH des Bundes

Rechtsform GmbH
Sitz Friedrichstr. 71, 10117 Berlin · AG Charlottenburg · HRB 200131 B
Geschäftsführung Stephan Krenz, Gunther Adler, Anne Rethmann
Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Michael Güntner

Vertraulichkeitshinweis

Diese Nachricht und jeder etwaig uebermittelte Anhang beinhalten vertrauliche Informationen und sind nur fuer die Personen oder Unternehmen bestimmt, an welche sie tatsaechlich gerichtet sind. Sollten Sie nicht der bestimmungsgemaesse Empfaenger sein, weisen wir Sie darauf hin, dass die Verbreitung, das (auch teilweise) Kopieren sowie der Gebrauch der empfangenen E-Mail und der darin enthaltenen Informationen verboten sind und gegebenenfalls Schadensersatzpflichten ausloesen koennen. Sollten Sie diese Nachricht aufgrund eines Uebermittlungsfehlers erhalten haben, bitten wir Sie, den Absender unverzueglich hiervon in Kenntnis zu setzen.

Sicherheitswarnung: Bitte beachten Sie, dass das Internet kein sicheres Kommunikationsmedium ist. Obwohl wir im Rahmen unseres Qualitaetsmanagements und der gebotenen Sorgfalt Schritte eingeleitet haben, um einen Computervirenbefall weitestgehend zu verhindern, koennen wir wegen der Natur des Internet das Risiko eines Computervirenbefalls dieser E-Mail nicht ausschliessen.

Confidentiality note

This notice and any attachments which are transmitted contain confidential information and are intended only for the persons or companies to whom they are actually addressed. If you are not the intended recipient, please note that the distribution, copying (even partial) and use of the received e-mail and the information contained in the e-mail are prohibited and may result in a possible liability for damages. Should you have received this message due to a transmission error, we ask you to inform the sender immediately.

Safety warning: Please note that the Internet is not a safe means of communication or form of media. Although we are continuously increasing our due care of preventing virus attacks as a part of our Quality Management, we are not able to fully prevent virus attacks as a result of the nature of the Internet.

Hinweis zur Datenverarbeitung / Link to data protection policy:

<https://www.autobahn.de/datenschutz>



**Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihre Ansprechpartnerin:

Johanna Denker
Zimmer: 822
Telefon: 0271 333-1841
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: j.denker@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

13. September 2021

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "PV-Anlage
Rothenberg" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 04.08.21 wird zu der oben
genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Die Umsetzung der Planung wird im Hinblick auf das Schutz-
gut Wasser keine relevanten Auswirkungen haben.

Oberirdische Gewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden
und es fällt kein häusliches Abwasser an.

Die neu zu versiegelnde Fläche wird sich auf einen kleinen
Bereich des Versorgungsgebäudes beschränken. Aufgrund
der Bauweise der Solarkollektoren wird das Niederschlags-
wasser weiterhin im Plangebiet versickern. Eine nachhaltige
Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung ist nicht zu er-
warten.

Durch das geplante Vorhaben wird nicht in das Grundwasser
eingegriffen. Auch nachteilige stoffliche Einträge in das
Grundwasser sind durch die geplante Nutzung auszuschlie-
ßen.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

Auf folgenden wasserrechtlichen Sachverhalt wird hingewiesen:

Die gezielte Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer (Grundwasser oder Oberflächenflächengewässer) bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Ausgenommen hiervon bleibt die Einleitung von Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, soweit für die Versickerung keine technischen Hilfsmittel, wie beispielsweise Mulden oder Rigolen, verwendet werden.

Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis fällt in die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen keine Bedenken. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Hinsichtlich der bisher im Rahmen der Aufstellungsplanung erarbeiteten Unterlagen sind folgende Hinweise zu geben:

1. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag (Büro Mestermann - Stand 07/21) legt eine Zaunanlage mit einer Bodenfreiheit von 20 cm zu Grunde, aufgrund dessen bei Umsetzung der Planung auch weiterhin eine hinreichende Durchgängigkeit des Raumes für die Tierwelt bzw. eine Erreichbarkeit auch des Anlagenbereiches gewährleistet sei.

Der Bebauungsplan selbst setzt jedoch für die erforderliche Zaunanlage eine Bodenfreiheit von 10 cm fest [vgl. Planurkunde, textl. Festsetzung b), Ziff. 5]. Die o.g. gutachterliche Bewertung bedarf daher einer Anpassung des Prüfansatzes und einer Nachbearbeitung bezüglich der Durchgängigkeit.

Im Übrigen wird die Durchgängigkeit der Zaunanlage unter Bezugnahme auf Mittel- und Großsäuger positiv bewertet. Dieses erscheint aus fachbehördlicher Sicht jedoch fraglich, denn zumindest für Rehwild etc. erscheinen 10 cm (bzw. 20 cm) Bodenfreiheit zu gering.

2. Inwiefern die nur einmalige Ortsbegehung am 20.05.21 für eine hinreichende Bewertung artenschutzfachlicher und –rechtlicher Aspekte ausreichend war ist anhand der Unterlagen zumindest abschließend nicht zu beurteilen. Die für derartige Arbeiten wesentlichen äußeren Faktoren, wie v.a. die Witterungsbedingungen sowie auch die investierte Dauer bzw. die Tageszeiten sind nicht erläutert.

3. Anmerkungen zur ökologischen Flächenwertbilanzierung (Umweltbericht Büro Mestermann – Stand 07/21 - Ziff. 4.3.2 - Tab. 5) sowie bezüglich der Planfestsetzungen und -hinweise

- Ein ermittelter ökologischer Kompensationsbedarf in Höhe von 5.314 Punkten für eine Bebauungsplanung, welche ca. 5.900 qm überbaubare Fläche auf zuvor als Wirtschaftsgrünland genutzter Fläche darstellt, ergibt eine ökologische Abwertung des Planbereiches um 0,9 Punkte. Tab. 5 ist trotz einer wesentlichen Flächenüberdeckung durch die Anlagenmodule ein ökologischer Gesamtwertverlust in Höhe von rechnerisch lediglich 12,5 % zu entnehmen.

Diese rein rechnerisch nur geringe Abwertung resultiert zum einen aus der für die Bilanzierung zu Grunde gelegten Grundflächenzahl von 0,35, welche nach Ansicht der Unteren Naturschutzbehörde nicht die tatsächlich durch Beschattung sowie Niederschlagsentzug tangierten Flächenanteile, bei Errichtung der Module, wiedergibt.

Zum anderen ist die Einordnung der von den Modulen überdeckten Fläche als artenreiche Mähwiese mit 3 ökologischen Wertpunkten/qm, aufgrund der entstehenden Beschattung und dauerhafter Verhinderung von direkten Niederschlagseinträgen, nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen ist zudem nicht zu erkennen, dass die gemäß Umweltbericht und -prüfung anerkannte Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in die Bilanzierung des Eingriffs in Natur und Landschaft sowie die Kompensationsbedarfsermittlung einfließt.

- Die ökologische Plan-Bilanzierung legt für die nicht von den PV-Modulen überdeckten Bereiche (= Teilflächen der überbaubaren Bereiche) „artenreiche Mähwiese, Magerwiese, -weide“ zu Grunde und weist 5 Punkte/qm zu.

Im Widerspruch zu diesem Ansatz erlauben die Planfestsetzungen hingegen für die überbaubaren Flächen der Anlage Schotterrasenwegen und -flächen [vgl. Planurkunde, Buchst. b), textl. Festsetzungen, Ziff. 1.].

- Ziff. 4. unter Buchst. b) der textlichen Planfestsetzungen beschreibt die erforderliche Nutzung einer zugleich nicht näher definierten „Fläche“ als eine „ein- bis zweischürige Extensivwiese“.

Um welche Fläche es sich hierbei genau handelt geht aus der Beschreibung nicht hervor bzw. inwiefern evtl. die im 3. Absatz der Festsetzung angesprochene „Extensivwiese zwischen den Modultisch-Reihen“ gemeint ist (deren temporäre Nutzung als unbefestigte Wege zu Pflege- und Wartungszwecken erlaubt sein soll und welches dann der im 1. Absatz der Festsetzung beschriebenen Pflege entgegenstehen würde) geht aus der Festsetzung nicht hervor.

Die Hinweise der Planurkunde bedürfen a) einer Ergänzung hinsichtlich der zu berücksichtigenden Verbotsbestimmungen gem. § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG bzw. § 44 BNatSchG sowie b) einer Erläuterung von Maßnahmen, welche im Falle von sich bei Umsetzung der Planinhalte ggfs. abzeichnenden artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen zu ergreifen sind.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen keine Bedenken.

Es wird aus der Sicht des Immissionsschutzes folgende Anregung vorgebracht:

- Die Module der PV-Anlage sollten aus Gründen des Blendschutzes reflektionsarm sein.

5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise

B-Plan-Entwurf

Die Aussagen zur nicht überbaubaren Flächen sollten konsequenterweise unter den textlichen Festsetzungen getroffen werden. Ebenso sollte in der Zeichenerklärung zwischen überbaubarer und nicht überbaubarer Fläche differenziert werden. Die Farbdarstellung der Grünfläche fehlt und könnte ggf. um die Festsetzung Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern ergänzt werden (einschließlich textlicher Festsetzung).

Begründung

Bezüglich der planerischen Rechtfertigung sowie der bestehenden planungsrechtlichen Rahmenbedingungen, sollte in der Begründung auch auf die Aussagen in den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplanes NRW und des Regionalplanes (Entwurf) bezüglich der Solarenergienutzung (insbesondere die Aussagen zu Freiflächenanlagen) eingegangen werden. Daneben werden auch im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) Vorgaben zu Freiflächenanlagen gemacht, die in der Begründung zur Aussagekraft, beispielsweise mit Blick auf die Lage im BAB Randbereich, beitragen können.

Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.

In Pkt. 2.2. lautet die Rechtsgrundlage bezüglich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung § 34 LPlG NRW (nicht § 32).

Die GRZ ist im Plan (0,35) anders festgesetzt als in der Begründung (0,8) erläutert.

Umweltbericht

Die Aussagen unter 1.1 (Inhalte und Ziele der Bauleitpläne) müssten aufgrund der o.g. erforderlichen Korrekturen entspr. angepasst werden.

Laut Umweltbericht ist folgende Flächennutzung geplant:

Von den 8.920 m² Fläche werden bis zu 2.494 m² von den Solarmodulen überdeckt. Insgesamt werden 488 m² für Versorgungsanlagen bzw. als Straßenverkehrsfläche versiegelt. Weitere 1.305 m² dienen der randlichen Eingrünung. 4.633 m² werden als extensiv genutztes Grünland genutzt.

Die v.g. Zahlen spiegeln sich auch in der Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung wieder. Es wird empfohlen, anstelle der GRZ eine max. bebaubare Grundfläche (m²) festzusetzen. Ggf. würde sich auch ein vorhabenbezogener Bebauungsplan anbieten. Da nur eine Teilfläche des Flurstücks 12 (Flur 12, Gemarkung Siegen) als SO-Gebiet festgesetzt ist, kann nach § 19 Abs. 3 Satz 1 BauNVO* auch nur dieser Bereich für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche herangezogen werden, da die private Grünfläche und die Fläche für Versorgungsanlagen nicht zum Bauland gehören.

**Für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die Fläche des Baugrundstücks maßgebend, die im Bauland und hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenbegrenzungslinie liegt.*

Bei einer festgesetzten GRZ von 0,35 für das SO-Gebiet (7.127 m²) ergibt dies eine Fläche von 2.494,45 m² was lediglich dem von den Solarmodulen überdeckten Bereich (2.494 m²) entspricht. Hinzu kommen Flächen für Wechselrichter, Trafo als auch die geschotterten Wege und Wende-möglichkeiten (s. Begründung). Wobei diese je nach Lage der Anlage innerhalb des SO-Gebietes unterschiedlich ausfallen können. Die in der Bilanzierung angegebenen weiteren versiegelten Flächen von 488 m² liegen überwiegend außerhalb des SO-Gebietes, so dass die sonstigen Bereiche die auf die GRZ angerechnet werden sollen nicht mit bilanziert sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dieter Niwar



Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihre Ansprechpartnerin:

Johanna Denker
Zimmer: 822
Telefon: 0271 333-1841
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: j.denker@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

13. September 2021

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen (Bereich PV-Anlage Rothenberg) Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 04.08.21 wird zu der oben
genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Die Umsetzung der Planung wird im Hinblick auf das Schutz-
gut Wasser keine relevanten Auswirkungen haben.

Oberirdische Gewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden
und es fällt kein häusliches Abwasser an.

Die neu zu versiegelnde Fläche wird sich auf einen kleinen
Bereich des Versorgungsgebäudes beschränken. Aufgrund
der Bauweise der Solarkollektoren wird das Niederschlags-
wasser weiterhin im Plangebiet versickern. Eine nachhaltige
Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung ist nicht zu er-
warten.

Durch das geplante Vorhaben wird nicht in das Grundwasser
eingegriffen. Auch nachteilige stoffliche Einträge in das
Grundwasser sind durch die geplante Nutzung auszuschlie-
ßen.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

Auf folgenden wasserrechtlichen Sachverhalt wird hingewiesen:

Die gezielte Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer (Grundwasser oder Oberflächenflächengewässer) bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Ausgenommen hiervon bleibt die Einleitung von Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, soweit für die Versickerung keine technischen Hilfsmittel, wie beispielsweise Mulden oder Rigolen, verwendet werden.

Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis fällt in die Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Bereich „PV-Anlage Rothenberg“ keine Bedenken. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

In Anbetracht des entstehenden Verlustes von Freiraumflächen sowie der Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes Siegen sind zum aktuellen Zeitpunkt folgende Hinweise vorzubringen:

1. Der Umweltbericht ordnet die Errichtung einer PV-Anlage in der beabsichtigen Art und Lage als Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ein, welches die Planung in Verbindung mit dem Verlust von Biotopwerten auf die Ebene der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung hebt.

Diesem entsprechend ist eine Berücksichtigung des naturschutzrechtlichen Vermeidungsgebotes nach § 13 u. § 15 (1) BNatSchG erforderlich (Pflicht des Verursachers zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen). Somit wäre die Unvermeidbarkeit der vorgesehenen Planänderung zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzziele zu prüfen und darzulegen.

Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass sich überschlägig betrachtet, insbesondere im bebauten Stadtgebiet, zahlreiche Strukturen, wie etwa große öffentliche Flachdachbauten (Turnhallen etc.), für die Nutzung als PV-Standorte anbieten könnten und dadurch die Inanspruchnahme von u.a. der landwirtschaftlichen Produktion und der Erholung dienender Freiraumbereiche vermieden werden könnte.

Der Umweltbericht greift unter Ziff. 5 den Aspekt anderweitiger Planungsmöglichkeiten auf. Dieses jedoch nicht in der aus fachbehördlicher Sicht gebotenen Tiefe, da lediglich ausgeführt wird, dass bei einem Verzicht auf die Planung die Ausweitung alternativer Energien an anderer Stelle geschaffen werden müssen. Inwiefern bzw. welche Gründe bei einer Inanspruchnahme von alternativen Standorten tatsächlich entgegenstehen wird hingegen nicht dargelegt.

2. Der vorgesehene Änderungsbereich befindet sich vollumfänglich im Geltungsbereich des über den Landschaftsplan Siegen ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes Siegen.

Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten der Umsetzung von Inhalten des derzeit im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u.a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) nur dann mit einer Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens einer entsprechenden Darstellungsänderung nicht widersprochen hat. Inwiefern seitens der Unteren Naturschutzbehörde im weiteren Verfahrensablauf eine Zustimmung zur beabsichtigten 106. Änderung des FNP der Stadt Siegen (mit der Folge des Verzichts auf die Möglichkeit des fachbehördlichen Widerspruchs) möglich sein wird ist somit insbesondere von einer hinreichenden Beachtung des unter Pkt. 1. genannten bundesgesetzlichen Vermeidungsgebotes abhängig zu machen. Jedenfalls sind anhand der bisher

zur Verfügung gestellten Planungsunterlagen die erforderlichen Zustimmungsvoraussetzungen noch nicht erfüllt.

3. Südöstlich an den Änderungsbereich angrenzend, wurden seitens der Stadt Siegen vor bereits einiger Zeit Wildkirschen entlang der Grundstücksgrenze von Flurstück 143 gepflanzt. Diese Anpflanzung steht als Kompensation im Zusammenhang mit einer Waldumwandlungsmaßnahme und unterliegt dem Schutz nach § 39 LNatSchG NRW als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil.
Es wird auf diese Anpflanzung hingewiesen, da sie über den Tagesverlauf und im Hinblick auf zukünftiges Höhenwachstum evtl. zu einer relevanten Beschattung der PV-Module führen könnte.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Bereich „PV-Anlage Rothenberg“ keine Bedenken.

Es wird aus Sicht des Immissionsschutzes folgende Anmerkung vorgebracht:

- Die Module der PV-Anlage sollten aus Gründen des Blendschutzes reflektionsarm sein.

5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise

FNP-Ausschnitt

Die Darstellungen des Bestandsplans stimmen nicht mit dem Original-FNP der Stadt Siegen überein. Der gesamte mit einem Punktraster hinterlegte Bereich ist im Original als Fläche für die Landwirtschaft gekennzeichnet. Daneben verlaufen die Abgrenzungen zwischen der Wohnbaufläche und der Fläche für die Landwirtschaft südlich der L 533 anders.

Ein FNP enthält keine Festsetzungen nach § 9 BauGB sondern lediglich Darstellungen nach § 5 BauGB.

Die Sonderbaufläche sollte auch im FNP näher definiert werden (s. § 11 Abs. 2, Satz 1 BauVO) und die Planzeichenerklärung sollte alle im Planausschnitt verwendeten Darstellungen erläutern.

Begründung

Bezüglich der planerischen Rechtfertigung sowie der bestehenden planungsrechtlichen Rahmenbedingungen, sollte in der Begründung auch auf die Aussagen in den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplanes NRW und des Regionalplanes (Entwurf) bezüglich der Solarenergienutzung (insbesondere die Aussagen zu Freiflächenanlagen) eingegangen werden. Daneben werden auch im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) Vorgaben zu Freiflächenanlagen gemacht, die in der Begründung zur Aussagekraft, beispielsweise mit Blick auf die Lage im BAB Randbereich, beitragen können.

Da die Ursprungsdarstellung Fläche für die Landwirtschaft und nicht Grünfläche ist, muss die Begründung an den entsprechenden Stellen angepasst werden.

In Pkt. 2.2. lautet die Rechtsgrundlage bezüglich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung § 34 LPlG NRW (nicht § 32).

Bezüglich der Aussagen unter Pkt. 3.4. wäre eine Aussage zum Netzanschlusspunkt hilfreich, damit nachvollziehbar ist, wie und wo die Stromeinspeisung erfolgt.

Da es sich um das FNP-Änderungsverfahren handelt sollte die unter Pkt. 4 gemachte Zeichenerklärung zur Abgrenzung „Grenze des Änderungsbereiches“ lauten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dieter Niwar

Universitätsstadt Siegen

03. 09. 2021 08 / 00

Gb..... Abtl. 413

Nr. 4 § 4 Abs. 1 BauGB

Straßen.NRW.

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Regionalniederlassung Südwestfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Südwestfalen
Postfach 1164 · 57235 Netphen

Universitätsstadt Siegen

Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Kontakt: Georg Schumann
Telefon: 0271/3372-269
e-mail: georg.schumann@strassen.nrw.de
e-mail: zur Online-Beteiligung an Bauleitplanverfahren
plan3.hs.si@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.02.09 / 16.19 - 47 / SW / 4402
Datum: 01.09.2021

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ der Stadt Siegen,
im Parallelverfahren zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes;**

Ihr Schreiben (per e-mail) vom 04.08.2021, Az.: - ohne -



Sehr geehrte Damen und Herren,

im Beteiligungsverfahren gem. § 4 (1) BauGB nehme ich für den Landesbetrieb Straßenbau
Nordrhein-Westfalen zu den o.g. Bauleitplanungen im Einzelnen wie folgt Stellung:

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und somit
Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die Siegener
Versorgungsbetriebe zu betreibende „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ bestehen meinerseits nur
dann kein Bedenken, wenn nachfolgend aufgeführte Punkte Beachtung finden:

Weder aus den Planunterlagen noch aus der Begründung zum Bebauungsplan ist zu er-
sehen, wie die verkehrliche Erschließung der Sonderbaufläche vorgenommen werden
soll. Die überbaubare SO-Fläche liegt - *getrennt durch eine private Grünfläche* - entlang
eines Abschnittes der freien Strecke einer klassifizierten Straße (Landesstraße Nr. 533
(Abschnitt 2)).

Zufahrten zu freien Strecken klassifizierter Straßen sollen - *nach ständiger Rechtspre-
chung* - auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt bleiben.

Ich gehe somit davon aus, dass seitens der Stadt angedacht ist, die Zufahrt zu der An-
lage über die südlich der geplanten Anlage vorhandene Buswende und den an diese an-
schließenden städtischen Wirtschaftsweg vorzusehen.

Der Buswendplatz ist in Stat. 1,330 an die L 533 (Abschnitt 2) angebunden.

- bitte wenden -

Straßen.NRW-Betriebsitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
Telefon: 0209/3808-0
Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE2030050000004005815 BIC: WELADED3
Steuernummer: 319/5922/5316

Regionalniederlassung Südwestfalen

Untere Industriestr. 20 · 57250 Netphen
Postfach 1164 · 57235 Netphen
Telefon: 0271/3372-0
kontakt.ml.sw@strassen.nrw.de

Die weiter nördlich im Zuge der Landesstraße - etwa in Stat. 1,480 vorhandene Zuwegung zu der dort vorhandenen Mobilfunkanlage - darf über dies hinaus nicht der verkehrlichen Erschließung der Photovoltaik-Anlage dienen.

Damit eine anderslautende Stellungnahme meinerseits verfasst werden kann, bitte ich im weiteren Verfahren um Erläuterung und Darstellung der verkehrlichen Erschließung des Planbereiches.

zur 106. Änderung des Flächennutzungsplan

Gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen und somit Umwandlung einer „Grünfläche“ in eine „Sonderbaufläche“ mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ bestehen meinerseits nur dann keine Bedenken, wenn die oben in der Stellungnahme zur Aufstellung des Bebauungsplanes „PV-Anlage Rothenberg“ - die verkehrliche Erschließung betreffenden Punkte - Beachtung finden.

In der Begründung zur 106. Flächennutzungsplanänderung - *hier unter Punkt 3.4. „Erschließung und Versorgung“* - ist ausgesagt, dass die äußere Erschließung des Plangebietes über die Siegener Straße (L 533) gesichert ist.

Diese Aussage kann vor hier aus so nicht nachvollzogen werden.

Wie oben in der Stellungnahme zum Bebauungsplan bereits erwähnt, sollen Zufahrten zu freien Strecken klassifizierter Straßen auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt bleiben. Auch hier bitte ich im weiteren Verfahren um Erläuterung und Darstellung der verkehrlichen Erschließung des Änderungsbereiches und um entsprechende Klarstellung in der Begründung.

Bei der Offenlegung der Bauleitplanungen bitte ich um Zusendung der jeweiligen Planunterlagen in 1-facher Ausfertigung für meinen Dienstgebrauch.

Das Inkrafttreten der Bauleitpläne bitte ich mir zu gegebener Zeit bekannt zu geben.

Nach Inkrafttreten bitte ich um Zusendung einer Fassung des rechtskräftigen Bebauungsplanes nebst einer Ausschnitts Kopie des wirksamen Flächennutzungsplanes mit eingearbeiteter Änderung in je 1-facher Ausfertigung für meinen Dienstgebrauch.

Verpflichtungen des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen zur Durchführung geplanter Maßnahmen oder zu einer finanziellen Beteiligung können aus dieser Stellungnahme nicht hergeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Georg Schumann



Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein
Vormwalder Straße 9, 57271 Hilchenbach

Stadt Siegen
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Per Mail: stadtplanung@siegen.de

13.08.2021
Seite 1 von 2

Aktenzeichen
310-11-02.001 sa-hei
bei Antwort bitte angeben

Herr Sandner
FG Hoheit
Telefon 02733/89 44-28
Mobil 0171/587 14 64
Telefax 02733/89 44-60
thomas.sandner@wald-und-
holz.nrw.de

**Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-
Änderung
Ihre Email vom 04.08.2021**



Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die Planungen im oben genannten Bebauungsplan sowie die Änderung des FNP bestehen seitens des Landesbetriebes Wald und Holz NRW grundsätzlich keine Bedenken, da kein Wald direkt betroffen ist. Allerdings grenzt im Südosten der Fläche die Abt. 31 A1 des Stadtwaldes Siegen direkt an. Dieser Laubholzbestand schirmt die „Gosenbacher Höhe“ gegen die Autobahn ab, er erfüllt Lärm- und Klimaschutzfunktionen.

Bankverbindung
HELABA
Konto :4 011 912
BLZ :300 500 00
IBAN: DE10 3005 0000 0004
0119 12
BIC/SWIFT: WELA DE DD

Ust.-Id.-Nr. DE 814373933
Steuer-Nr. 337/5914/3348

Vom Wald gehen, besonders bei extremen Wetterereignissen, Gefahren für die Photovoltaikanlage aus, ebenso wie von der Anlage eine Brandgefahr für den Wald ausgehen kann.

Es wird empfohlen, den angrenzenden Waldbesitzer, die Stadt Siegen, durch eine Haftungsverzichts- und Freistellungsvereinbarung von möglicher Haftung betreffend der vom angrenzenden Wald ausgehenden Gefahren und von der Verkehrssicherungspflicht zu entbinden.

Mit dem Städtischen Brandschutzbeauftragten sollte ein Brandschutzkonzept abgestimmt werden. Weiterhin sollte die Erreichbarkeit der Waldfläche, insbesondere für die Feuerwehr dauerhaft gewährleistet sein.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

gez. Sandner

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Regionalforstamt Siegen-
Wittgenstein
Vormwalder Straße 9
57271 Hilchenbach
Telefon 02733 8944-0
Telefax 02733 8944-60
Siegen-Wittgenstein@wald-
und-holz.nrw.de
www.wald-und-holz.nrw.de



Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt
Nordrhein-Westfalen e.V.



Siegen – Wittgenstein Jochen Niemand Südstr. 30 57250 Netphen
Fon und Fax 02737- 93225 Mail jo-nie@t-online.de

Netphen, den 11. Sept 2021

Stadtplanung Siegen

**WG: BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd.
- frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren ,

die LNU hat keine Einwände zu der Errichtung der Anlage und schließt
sich den Schreiben von Michael Düben an .

Es ist wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Fotovoltaikanlagen
eignen sich hierbei sehr gut an insbesondere auf den Flächen die vom Borkenkäfer
befallen sind und der Wald nicht mehr vorhanden ist.

Es ergeben sich geringere Konflikte zu den Naturschutzgütern

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Jochen Niemand', is located at the bottom left of the page.

Jochen . Niemand

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen
Z.Hd. Herrn Sebastian Kapitza 4/5-2 AG
Stadtplanung

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512

e-mail: michael.dueben@gmx.de

Bad Berleburg, 17.08. 2021

**Betr.: Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änderung
Ihre Mail vom 4.8.21**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein
Labü: SI-505/21**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Vorhaben soll im gültigen Landschaftsschutzgebiet (LSG) der Stadt Siegen verwirklicht werden. Der Gutachter vermeidet es leider, zu prüfen, ob die Planung mit dem Sinn und Zweck dieses LSG übereinstimmt oder der LSG-Verordnung sogar widerspricht.

Der im Planbereich vorhandenen Trampelpfad deutet durchaus auf eine Nutzung zur Erholung hin, von der geplanten Anlage können störende Lichtreflexe ausgehen und das Empfinden des Landschaftsbildes kann gestört werden.

So fehlt im Gutachten die genaue Betrachtung, von wo überall und wie stark die PV-Anlagen zu sehen sind. **Es ist daher unbedingt noch zu prüfen werden ob, um das Vorhaben zu verwirklichen, eine Befreiung oder Ausnahme vom Landschaftsschutz beantragt werden muss.**

Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist. Laut artenschutzrechtlichem Fachbeitrag gibt es hier die Auflage, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss. Diese Auflage muss auch im eigentlichen B-Plan aufgeführt werden!

Als Schutzzweck für diese Biotopverbundflächen werden Rotmilan und Raubwürger genannt. Durch das Planvorhaben geht eindeutig notwendiger Lebensraum dieser Vogelarten verloren. Auch dies müsste noch eingehender untersucht werden.

Zwar ist der artenschutzrechtliche Fachbeitrag viele Seiten lang, **die eigentlichen artenschutzrechtlichen Untersuchungen fallen aber leider sehr knapp und unbefriedigend aus.**

Es ist schon verwunderlich, dass für dieses bezahlte Gutachten nur eine Ortsbegehung stattgefunden hat. So kann der Gutachter keine einzige Art nennen, die er

tatsächlich im Plangebiet angetroffen hat. Die hier vorhandene Mähwiese nennt er zwar "artenreich", im Gutachten wird aber keine einzige Pflanzenart genannt. Auch wenn hier keine streng geschützten Arten wachsen, ist die Artenzusammensetzung durchaus von Bedeutung für die Beurteilung.

Im Zeichen des Klimawandels ist es durchaus wichtig, erneuerbare Energie zu erzeugen. Speziell die Fotovoltaik eignet sich hierbei sehr gut, da sie häufig auch geringere Konflikte zu Naturschutzgütern bewirkt.

Laut vielen Untersuchungen gibt es allerdings speziell in Städten wie **auch in Siegen sehr viele schon versiegelte Flächen, die sich für die Erzeugung von regenerativem Strom mittels PV-Anlagen eignen**. Deshalb sollte wirklich überlegt werden, ob man hier eine Freifläche zur Bebauung nutzt. Freiflächen sind in Siegen ein knappes Gut, auch wird hier wieder eine Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen! Zumindest sollte eine Regelung aufgenommen werden, die besagt, dass bei Beendigung der Nutzung der Fläche zur Erzeugung regenerativer Energie mittels PV-Anlagen ein Rückbau erfolgen und die ursprüngliche Grünlandfläche wieder hergestellt werden muss.

Laut Umweltbericht Seite 21 ist ja nur eine temporäre Nutzung vorgesehen. Diese Aussage findet sich allerdings in den anderen Unterlagen nicht wieder.

Die artenschutzrechtlich für notwendig erachteten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages müssen noch textlich in den eigentlichen B-Plan aufgenommen werden!

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



NABU-Siegen-Wittgenstein Am Buchholz 1· 57319 Bad Berleburg

An
Herrn Arno Wied
Dezernent für Bauen und Umwelt
Kreis Siegen-Wittgenstein
Koblenzer Str. 73

57072 Siegen

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

1. Vorsitzende

Prof. Dr. Klaudia Witte
Kirchwiese 12
57078 Siegen

Tel.: 0271/ 2385184

e-mail: witte@biologie.uni-siegen.de

Siegen, den 8.09.2021

Stellungnahme zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen - Darstellung einer Son-der-baufläche „PV-Anlagen Rothenberg“ (i.V.m. Neuauflistung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“)

Sehr geehrter Herr Wied, sehr geehrter Herr Bätzel,

hiermit nehme ich Stellung zur obengenannten Maßnahme. Grundlage meiner Stellungnahme sind die mir über das Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellten Unterlagen. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag wurde vom Büro für Landschaftsplanung, Brackhüttenweg 1, 59581 Warstein-Hirschberg erstellt.

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen einer PV-Anlage auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdgebiet mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegenden Insekten könnten noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäfern wird hier nicht mehr möglich sein.

Unter Punkt 6.2, S. 19 schreibt der Verfasser:

Im Rahmen der Artenschutzprüfung ist eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Untersuchungsraum vorkommenden Tier- und Pflanzenarten erforderlich. Im Regelfall bedarf es einer Gesamtschau, die sich auf eine Auswertung vorhandener Erkenntnisse (z. B. Datenbanken) und bei Bedarf auch methodisch beanstandungsfreie Erfassungen vor Ort gründet.

Der Verfasser war jedoch nur an einem einzigen Termin, am 20. Mai 2021, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage in diesem Frühjahr war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Maculinea nausithous*) anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juni bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*) erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen. Denn die Recherche zu dieser Fläche ergab, dass:

Das Plangebiet liegt im Bereich der Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 „Nördlicher Giebelwald“. Des Weiteren liegen etwa 340 m östlich des Plangebietes die Biotopverbundflächen VB-A-5113-016 „Siegtal zwischen Deuz und Siegen“ sowie VB-A-5015-022 „Siegtal“.

Es werden der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling sowie Rotmilan und Raubwürger als planungsrelevante Arten genannt (LANUV 2021A).

Auf S. 26 kommt der Verfasser daher zu dem Schluss:

Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Die Auswertung der Schutzgebiete bzw. schutzwürdigen Bereiche ergab Hinweise zum Vorkommen von Rotmilan, Raubwürger und Dunklem Wiesenknopf-Ameisenbläuling.

Auf S. 27 schreibt der Verfasser jedoch:

werden auch Weg- und Straßenböschungen sowie Säume besiedelt. Voraussetzung für das Vorkommen des Bläulings ist der Große Wiesenknopf als Futter- und Eiablagepflanze sowie Kolonien von Knotenameisen für die Aufzucht der Raupen. Ein Vorkommen des Großen Wiesenknopf wurde bei der Begehung nicht bestätigt.

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit für die folgende Schmetterlingsart gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wird somit voraussichtlich ausgeschlossen:

- Dunkler Wiesenknopf Ameisenbläuling

Diese Schlussfolgerung ist aus vielerlei Hinsicht unseriös. Ersten fand nur eine Begehung statt, was den Richtlinien einer artenschutzrechtlichen Prüfung nicht genügt. Zweitens konnte der Ameisenbläuling nicht beobachtet werden, da die Begehung für diese Art zum falschen Zeitpunkt stattfand.

Ebenso kommt der Gutachter zu dem Schluss:

Besonders geschützte Pflanzenarten

Besonders geschützte Pflanzenarten kommen im Untersuchungsgebiet nicht vor. Dementsprechend ergibt sich keine Relevanz des § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG, wonach es verboten ist, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Wie oben beschrieben konnte am 20.5. keine Vegetationsaufnahme stattfinden. Dies gilt insbesondere für den Großen Wiesenknopf. Es sei denn, es ist ein Spezialist, der alle Pflanzen anhand der vegetativen Teile eindeutig bestimmen kann.

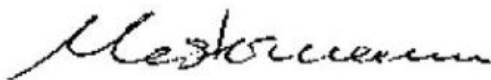
Außerdem fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss.

Trotz der vielen Mängel, die dieses Gutachten aufweist, kommt der Verfasser zu dem klaren Ergebnis, dass

Ergebnis

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.

Warstein-Hirschberg, Juli 2021



Bertram Mestermann

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Dies ist fatal, denn viele EntscheidungsträgerInnen lesen leider nicht das gesamte Gutachten und ihnen fehlt die Fachkompetenz falsch gezogene Schlüsse zu erkennen. Aber sie legen auf Grundlage dieses Fachbeitrages die weiteren Schritte im Verfahren fest.

Das Gutachten ist unseriös und ist für das Planungsvorhaben in keiner Weise brauchbar.

Um die juristisch notwendigen Schritte im Rahmen dieses Planungsvorhabens zu gewährleisten, ist eine ASP I, die den Zeitraum April – Ende August umfasst, absolut notwendig.



Prof. Dr. Klaudia Witte

1. Vorsitzende des Beirates der UNB

Landwirtschaftskammer NRW · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Universitätsstadt Siegen
Der Bürgermeister
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Herrn Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen



Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Stratmann

Durchwahl: 69

Mail: janina.stratmann@lwk.nrw.de

Meschede 30.08.2021

BPlan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änderung

Hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung

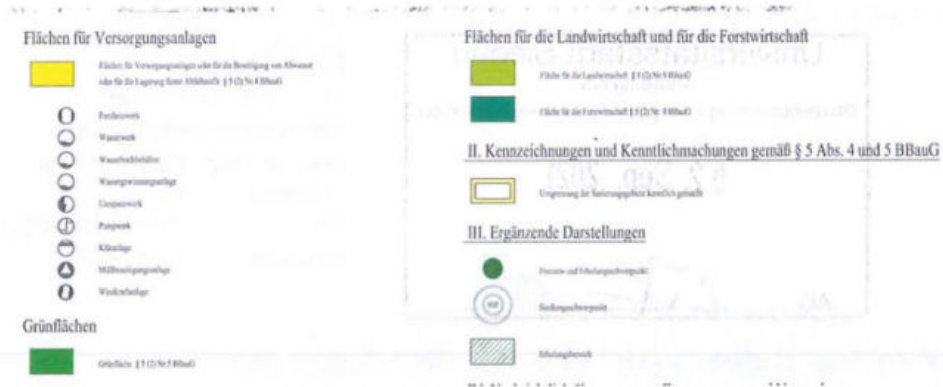
Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausweisung von Sondergebieten mit der Zweckbestimmung „PV-Anlage“ ist aus landwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich abzulehnen. Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion, da eine landwirtschaftliche Nutzung unterhalb der Anlage nur noch mit erheblichen Einschränkungen oder gar nicht möglich ist.

Aus agrarstruktureller Sicht ist das Aufstellen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sehr kritisch zu sehen, da neben dem allgemein sehr hohen Flächenverbrauch an landwirtschaftlicher Nutzfläche weitere Flächen in Anspruch genommen werden, obwohl sehr viele Dach- und Fassadenflächen insbesondere in Industriegebieten hinsichtlich Photovoltaikanlagen ungenutzt sind. Dies widerspricht einer effizienten Ausnutzung der begrenzten Ressource Fläche. Darüber hinaus führt die Ausweisung solcher Sondergebiete zur erheblichen Erhöhung von Flächenpreisen, da durch die Aufstellung von Photovoltaikanlagen eine höhere Wertschöpfung auf der Fläche ermöglicht wird. Langfristig führt eine solche Entwicklung zu existenzbedrohenden Situationen für landwirtschaftliche Betriebe. Folglich kann die immer wichtiger werdende regionale Erzeugung von Lebensmitteln nicht sichergestellt werden.

Hinsichtlich zu erbringender Kompensationsmaßnahmen wird darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung der Maßnahmen keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen außerhalb des Planungsraums in Anspruch zu nehmen sind.

Wir weisen darauf hin, dass die betroffene Fläche im auf der Internetseite unter dem Link <https://www.siegen.de/fileadmin/cms/pdf/BauenUndWohnen/Bauleitplanung/FlaechennutzungsplanFebruar2018.pdf> zur Verfügung stehenden Flächennutzungsplan nicht als „Grünfläche“ ausgewiesen ist, sondern es sich um eine „Fläche für die Landwirtschaft“ handelt:



Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stratmann

Stratmann

Netzauskunft

PLEdoc GmbH □ Postfach 12 02 55 □ 45312 Essen

Telefon 0201/36 59 - 0
E-Mail netzauskunft@pledoc.de

Universitätsstadt Siegen
AG 4/5-2 Stadtplanung
Sebastian Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen

zuständig Christine Pietrowski
Durchwahl 0201/3659-460

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
	04.08.2021	PLEdoc	20210800738	09.08.2021

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd. in diesem Bereich der Stadt Siegen
Hier: Frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Tabelle der betroffenen Anlagen:

Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen m	Beauftragter
GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_112_101	10	2	Maintenance Management Center (MMC) 0201/3642-17866 https://einweisung.mmc-portal.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen und der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.

Die auf Ihrer Internetseite zur Einsicht gestellten Entwurfsunterlagen zu dem angezeigten Bauleitverfahren haben wir ausgewertet.

Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans / Flächennutzungsplans verläuft die eingangs aufgeführte Kabelschutzrohranlage mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (nachfolgend KSR-Anlage genannt) in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungsachse).

Wir haben den Verlauf der KSR-Anlage in den Entwurfsplan zum Bebauungsplan / Flächennutzungsplan graphisch übernommen und entsprechend beschriftet.

Für eine exakte Übernahme des Verlaufs der KSR-Anlage in die Plangrundlage des Bebauungsplanes / Flächennutzungsplanes überlassen wir Ihnen den betreffenden Bestandsplan. Die Darstellung der KSR-Anlage ist in den beigefügten Unterlagen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen.

Flächennutzungsplan

Wir gehen davon aus, dass der Bestandsschutz der KSR-Anlage gewährleistet ist und durch die vorgesehenen Festsetzungen und Ausweisungen des Flächennutzungsplans sich keinerlei Nachteile für den Bestand und den Betrieb der Anlage sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben.

Bebauungsplan

Der Schutzstreifenbereich muss aus sicherheits- und überwachungstechnischen Gründen von Bebauungen oder sonstigen Einwirkungen, die den Bestand bzw. den Betrieb der KSR-Anlage beeinträchtigen oder gefährden, freigehalten werden. Dies bedeutet, dass die Errichtung von Modulen und der zugehörigen Bauwerke (z. B. Trafostation) innerhalb des Schutzstreifenbereichs nicht zulässig ist. Die Baugrenzen sind den Schutzstreifenbegrenzungslinien anzupassen.

Vor Baubeginn muss grundsätzlich eine örtliche Leitungskennzeichnung durch den eingangs genannten Beauftragten erfolgen, damit der Schutzstreifenbereich tatsächlich von unzulässigen Be- und Überbauungen frei bleibt.

Bei der Planung von Zaunanlagen ist zu beachten, dass bei querenden Zaunfeldern die Pfosten nicht direkt über der KSR-Anlage eingebracht werden dürfen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Zugänglichkeit der KSR-Anlage zu Reparatur- und Wartungszwecken jederzeit gewährleistet sein muss.

Die Ausweisung privater/öffentlicher Verkehrswege im Schutzstreifen ist grundsätzlich möglich. Verkehrswege innerhalb des Schutzstreifenbereiches sind mit einer Leitungsüberdeckung von größer/gleich 1,0 m auszulegen. Detaillierte Planunterlagen sind uns zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme vorzulegen.

Bäume, Hecken und tiefwurzelnde Sträucher dürfen grundsätzlich nur außerhalb des Schutzstreifenbereiches angepflanzt werden.

Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem Merkblatt der GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“.

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden.

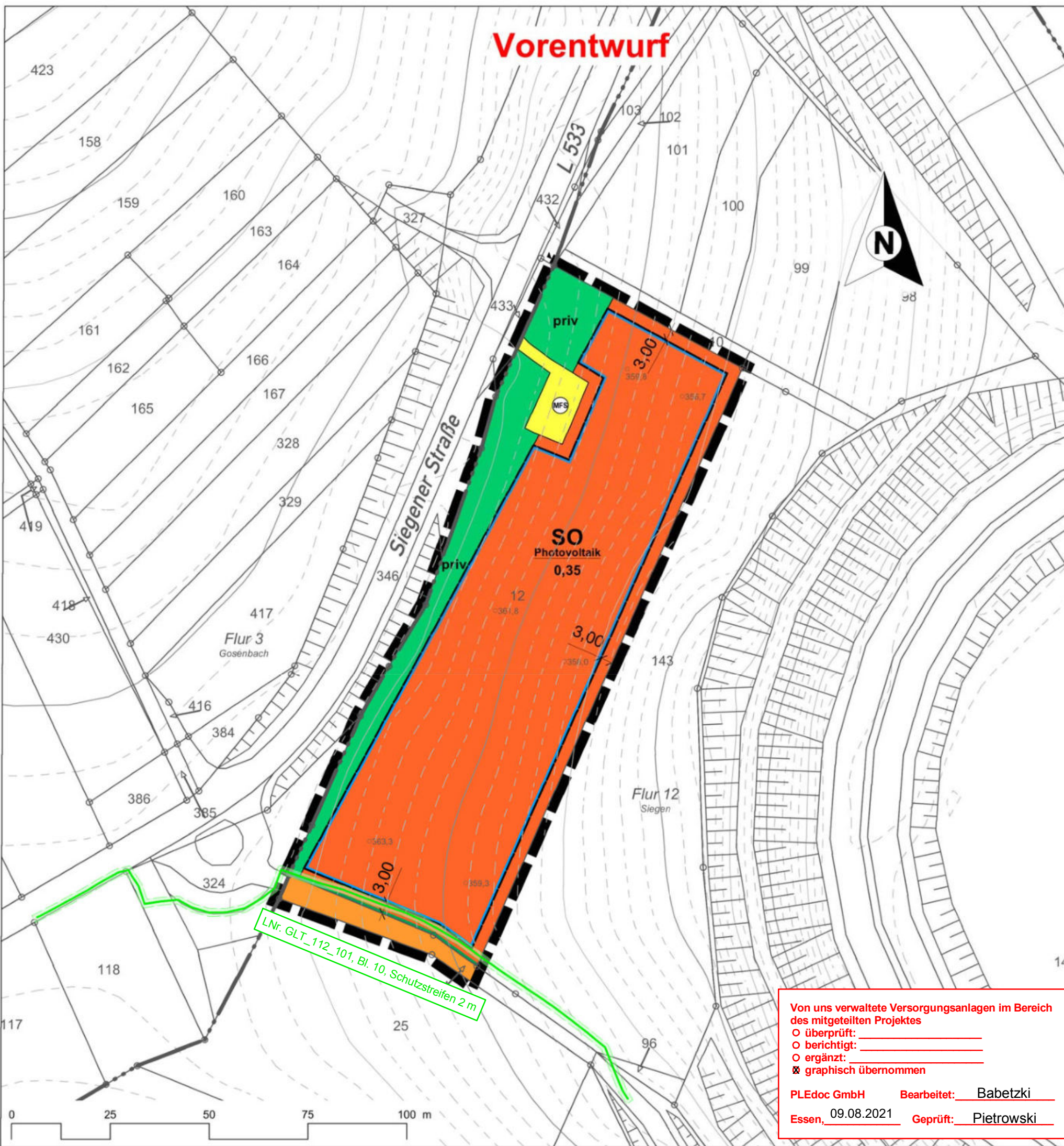
Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Abschließend teilen wir Ihnen mit, dass im Geltungsbereich der hier angezeigten Bauleitpläne keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen der OGE vorhanden sind.

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig -

Anlagen
Planunterlagen
Merkblatt



Vorentwurf

Festsetzungen und Planzeichenerklärung

a) Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 12 BauNVO)
SO Photovoltaik Sonstiges Sondergebiet Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
0,35 Grundflächenzahl (GRZ)
- 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
Baugrenze Gebäude und Gebäudeteile dürfen die festgesetzte Baugrenze nicht überschreiten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringem Ausmaß kann zugelassen werden. Die Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig. Das gleiche gilt für bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können.
- 4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
Strassenverkehrsfläche
Strassenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- 5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)
Flächen für Versorgungsanlagen, u. ä.
MFS Mobilfunksendeanlage
- 6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
priv Private Grünfläche
- 7. Sonstige Planzeichen (§ 9 Abs. 4, § 172 Abs. 1 BauGB)
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

b) Textliche Festsetzungen

- 1. Art der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
Das Baugebiet wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 11 Abs. 2 BauNVO als sonstiges Sondergebiet (SO) für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ausgewiesen, das der Errichtung und dem Betrieb von photovoltaischen Anlagen dient.
Innerhalb der überbaubaren Flächen sind folgende Anlagen und Nutzungen allgemein zulässig:
- aufgeständerte Photovoltaik-Freiflächenanlagen in stationärer Bauweise mit Ramm- und Schraubfundamentierung,
- sämtliche für die betrieblichen Zwecke erforderliche Anlagenbestandteile und technische Infrastrukturen, wie z. B. Solarwechselrichter und Transformatoren.
Ausnahme: zulässig sind:
- wasserdurchlässige Schotterrasenwege mit maximal 3,50 m Breite für Wartungs-, Pflege- und Montagearbeiten,
- wasserdurchlässige Schotterrasenflächen als Wendemöglichkeit an den Transformatoren bzw. zentral aufgestellten Wechselrichtern,
- eine Verankerung der Modultische mit Betonfundamenten, wenn die oben genannte Art der Fundamentierung nicht machbar ist.
- 2. Maß der baulichen Nutzung
2.1 Die maximal zulässige Höhe der Kollektorflächen beträgt 3,00 m über der Geländeoberkante. Bezugspunkt ist das Gelände unmittelbar unterhalb des höchsten Punktes des jeweiligen Solarmoduls. Der Mindestabstand der Unterkante der Modultische zur Oberkante des Geländes beträgt 0,50 m.
2.2 Eine Überschreitung der GRZ durch Nebenanlagen entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO ist nicht zulässig.
- 3. Nebenanlagen
Die Grundfläche der Solarwechselrichter, Transformator-Stationen sowie sonstige Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO wird zur Minimierung der Versiegelung und der Eingriffe in den Boden auf das für den Betrieb der Anlage technisch erforderliche Maß begrenzt. Diese Nebenanlagen sind auf die Grundflächenzahl anzurechnen. Innerhalb der überbaubaren Flächen dürfen für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen wie Transformator-Stationen, nur mit einer maximalen Gebäudehöhe von 3,50 m über der Geländeoberfläche errichtet werden.
- 4. Begrünung
Die Fläche ist als ein- bis zweischürige Extensivwiese (Mähnd nach Ende der Grasblüte (ab ca. 15. Juni)) zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Im Falle vorübergehender ackerbaulicher Nutzung ist die Fläche mittels regionaler Saatgutmischungen mit Gräsern und Kriechern zu bepflanzen und anzupflanzen.
Das anfallende Mähgut ist zu entsorgen. Aufkommende Gehölze sind zu entfernen. Biozid-, Düngereinsatz ist unzulässig.
Die temporäre Nutzung der Extensivwiese zwischen den Modultisch-Reihen als unbefestigte Wege zu Pflege- und Wartungszwecken ist zulässig.
- 5. Gestalterische Festsetzungen
Im Sondergebiet „Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie, Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ist gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 89 BauO NRW nur Zäunanlage inkl. Toranlage bis max. 2,00 m Höhe über der Geländeoberfläche zulässig. Der Zaun hat eine Bodenfreiheit von 10 cm für Kleintiere aufzuweisen.

c) Sonstige Darstellungen

- Vorhandene Gebäude
- Vorhandene Böschungen
- Flurstücksgrenzen
- 152 Flurstücksnummer
- Fluggrenze
- Flur 1 Flurnummer
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NNH - 1-m-Linie
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NNH - 5-m-Linie
- Höhenlinien im Bestand mit Höhenangaben über NNH - 10-m-Linie
- Höhenpunkte in Meter über NNH, z.B. 306,23

Präambel

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916), der §§ 2 und 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) und des § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018), in Kraft getreten am 04.08.2018 und am 01.01.2019 (GV. NRW. 2018 S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2021 (GV. NRW. S. 822) hat der Rat der Stadt Siegen am diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Siegen,

Hinweise

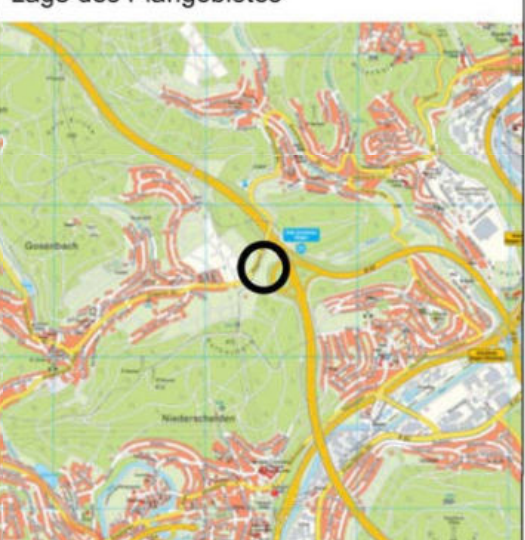
- 1. Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und / oder naturgeschichtliche Bodendenkmäler, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und / oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden.
Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unterer Denkmalbehörde und / oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstelle mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NRW).
- 2. Das Plangebiet liegt außerhalb eines Bombenabwurfgebietes aus dem zweiten Weltkrieg. Eine unmittelbare Kampfmittelgefährdung ist nicht zu vermuten, aber auch nicht gänzlich auszuschließen. Insofern ist folgender Hinweis, auf den in der Baugenehmigung besonders hinzuweisen ist, vom Bauherren zu beachten: Weist bei Durchführung der Bauvorhaben der Endausbau auf eine außergewöhnliche Verfärbung hin oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Kampfmittelbeseitigungsdienst durch die Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.
- 3. Im Rahmen der Gebietserschließung wird eine baubegleitende Begutachtung hinsichtlich evtl. oberflächennahen Aktivitäten aus illegaler oder Uraltbergbau empfohlen. Funde sind der zuständigen Bergbaubehörde zu melden.
- 4. Die Photovoltaikanlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass keine Belästigung durch Lichtmissionen, z. B. Blendwirkung in Bezug auf die angrenzende Siegener Straße, auftreten und eine Verkehrsfährdung vermieden wird.

Inkrafttreten

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am
Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.
Dieser Bebauungsplan wird mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 des BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung an in der Servicestelle der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereitgehalten sowie gemäß § 10a BauGB ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden.
Siegen,

20210800738

Lage des Plangebietes

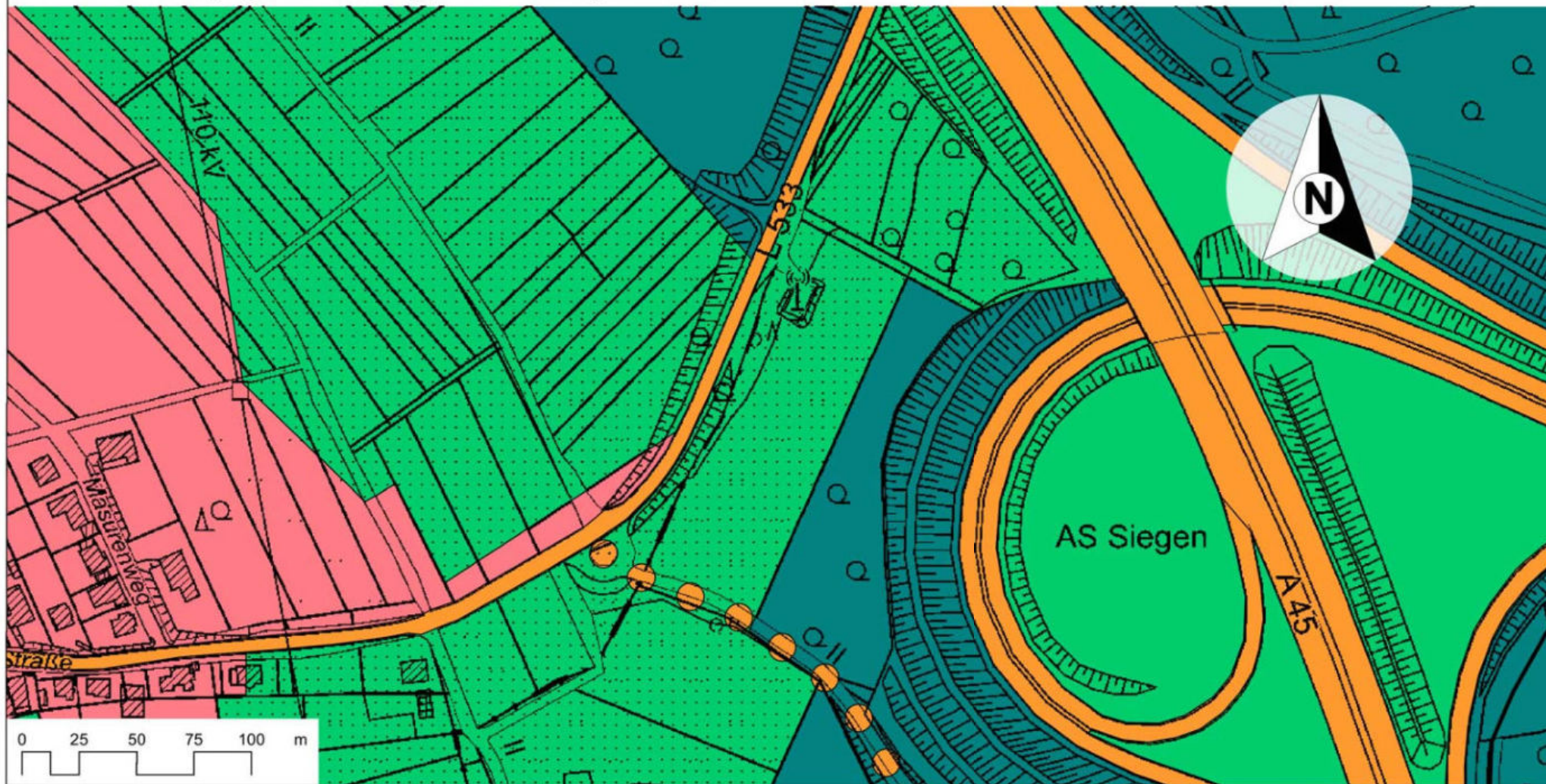


Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“

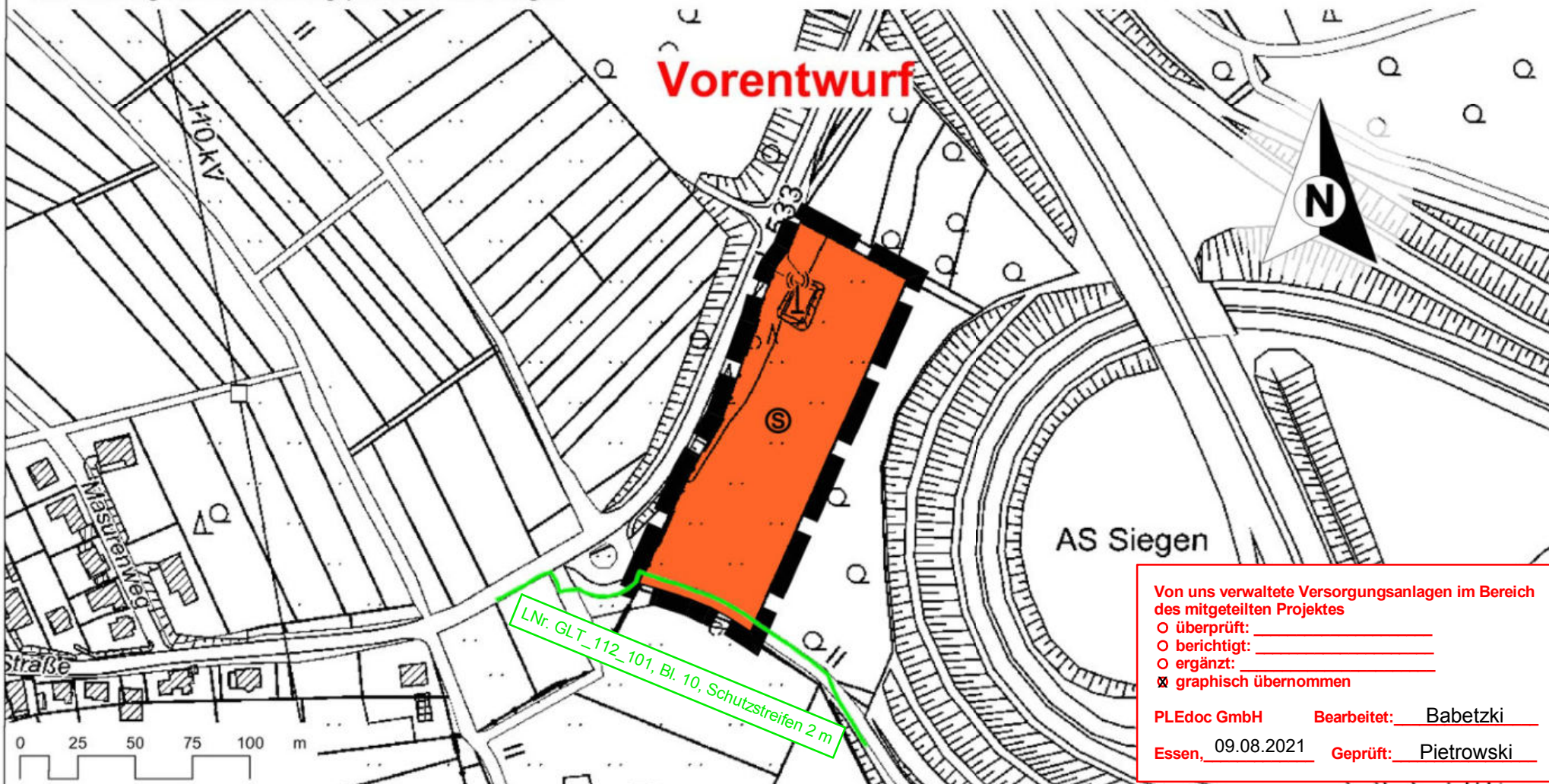
Gemarkung Siegen
Flur 12
Maßstab 1:1000 im Original (DIN A3)

Von uns verwaltete Versorgungsanlagen im Bereich des mitgeteilten Projektes
O überprüft: _____
O berichtigt: _____
O ergänzt: _____
X graphisch übernommen
PLEdoc GmbH Bearbeitet: Babetzki
Essen, 09.08.2021 Geprüft: Pietrowski

Ausschnitt aus dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen



106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen



Von uns verwaltete Versorgungsanlagen im Bereich des mitgeteilten Projektes
 O überprüft: _____
 O berichtigt: _____
 O ergänzt: _____
 X graphisch übernommen

PLEdoc GmbH Bearbeitet: Babetzki
 Essen, 09.08.2021 Geprüft: Pietrowski

Verfahren

Der Rat der Stadt Siegen hat am _____ gemäß § 2 (1) und § 1 (8) des BauGB
 die Aufstellung dieser Planänderung beschlossen, _____
 Der Aufstellungsbeschluss wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Der Rat der Stadt Siegen hat am _____ gemäß § 3 (2) des BauGB den Entwurf
 dieser Planänderung und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Der Entwurf dieser Planänderung hat mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB nach
 der ortsüblichen Bekanntmachung am _____ in der Zeit vom _____ bis _____
 in der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegt.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der
 Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert
 durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW S. 916), der §§ 2 und 5 des
 Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017
 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I
 S. 1802), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke
 (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)
 zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) hat der Rat
 der Stadt Siegen am _____ diese Planänderung mit Begründung als
 Flächennutzungsplanänderung beschlossen.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Die Planänderung ist gemäß § 6 BauGB mit Verfügung vom _____
 Geschäftszeichen: _____ genehmigt worden.

Amsberg, _____
 Die Bezirksregierung
 I.A.

Diese mit Verfügung vom _____ genehmigte Änderung des
 Flächennutzungsplanes wird gemäß § 6 Abs. 5 BauGB vom Tage der ortsüblichen
 Bekanntmachung in der Servicestelle der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu
 jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Siegen, _____
 Der Bürgermeister
 I.A.

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am _____

Festsetzungen und Planzeichenerklärung

a) Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 12 BauNVO)

 Sonderbaufläche

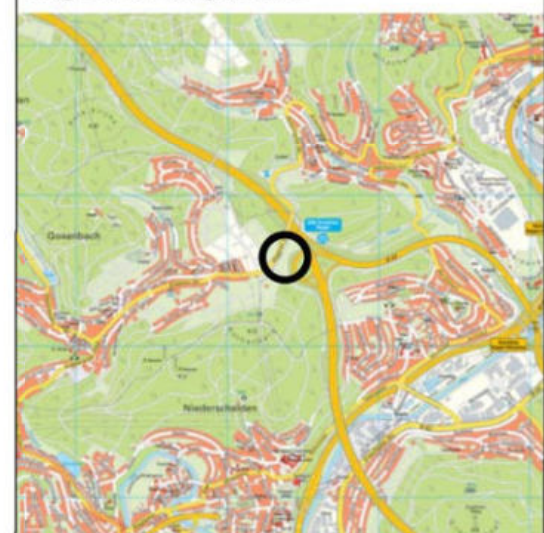
2. Sonstige Planzeichen (§ 9 Abs. 6, § 172 Abs. 1 BauGB)

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

 Mobilfunksendeanlage

20210800738

Lage des Plangebietes

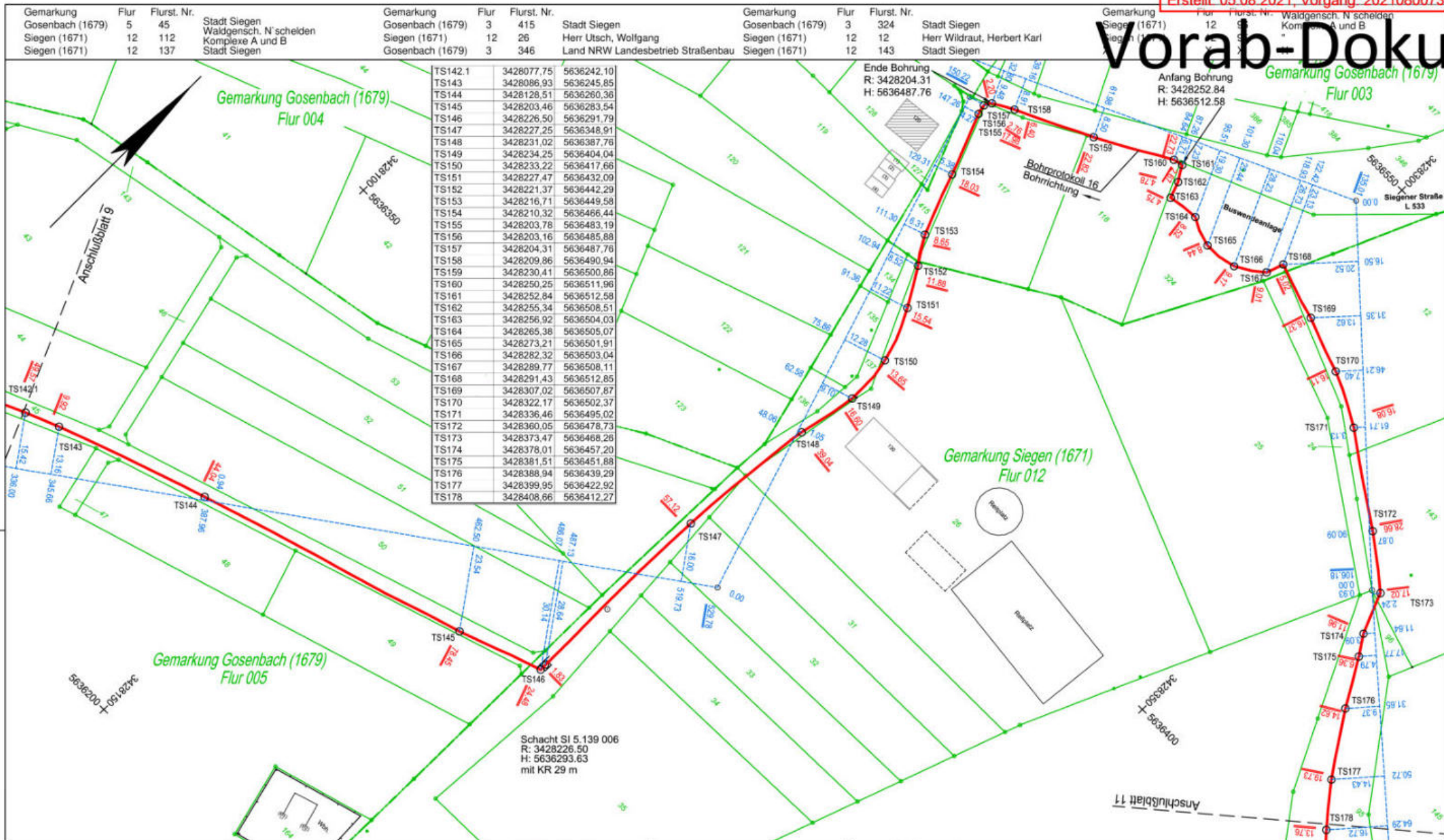


106. Änderung des Flächennutzungsplanes

Gemarkung Siegen
 Flur 12

Maßstab 1:2500 im Original (DIN A3)

Vorab-Doku



Die Regeldeckung der KSR-Anlage beträgt 1,0 m.
Abweichungen siehe Bestandsplan.

- KSR-Anlage
 - Anschluss KSR-Anlage
 - Kabelabzweigmuffe
 - Kabelverbindungsmaße
 - Kabelring
 - ⊗ Schacht mit KAM
 - ⊗ Schacht mit KM
 - ⊗ Schacht mit KR
 - ⊗ Schacht
 - ⊗ EB-Grube
- Achtung: Symbole sind nicht maßstabstreu!

Plan-Berichtigungen			
Rev.	Grund	Anfert.	Gepr.
10			
09			
08			
07			
06			
05			
04			
03			
02			
01	X	X	X

INGENIEURBÜRO STEIN
Welterstraße 57
D-57072 Siegen
Telefon: (0271) 93633-41 Telefax: (0271) 93633-49

Bestandslageplan

im Auftrag der



KSR - Anlage	Stadtanbindung Siegen-Nord / 14_025_V001_NB01		
Gemarkung	Gosenbach, Siegen	Maßstab:	Anschluß Blatt: 11
Gemeinde	Gosenbach, Siegen	1 : 1000	
Kreis	Siegen-Wittgenstein	Leitungs-Nr.:	
Vermessungsamt, Gen. Nr.	Katasteramt Siegen	GLT_112_101	
Katastergrundlage	Digitaler Katasterplan	Blatt-Nr.:	
Koordinatensystem	Gauß-Krüger-Koordinatensystem	10	
Schutzstreifenbreite	2,00 m	Merkschalt-Nr.:	
Herstellung des Planes	Ingenieurbüro Andreas Stein GmbH, Welterstr. 57, 57072 Siegen	5113	

Achtung!

2 x KSR DN 40 PEHD
Die Plandarstellung der Versorgungsanlage ist nach bestem Wissen erstellt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen. Um Gefahren und Schäden zu vermeiden, erfordern örtliche Arbeiten ein vorsichtiges Vorgehen. Der Bestandsplan wird systembedingt auf das Format DIN A 3 angepasst. Die Längen und Höhen entsprechen daher nicht den im Plan angegebenen Maßstab. Die Zahlenwerte sind demgemäß anzuhalten.

Gegeben: 19.05.16 St



GasLINE
Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher
Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG

Merkblatt

Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen

Allgemeines

Kabelschutzrohr (KSR)-anlagen mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-kabeln werden von Telekommunikationsgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Telekommunikationsübertragungswegen benutzt.

Die Erdüberdeckung der KSR-Anlage beträgt in der Regel mindestens 1 m, bei Bohrungen größtenteils erheblich mehr, im Bereich von befestigten Flächen ca. 60 cm bis 80 cm. In Einzelfällen kann die aktuelle Deckung aus verschiedenen Gründen auch geringer oder größer sein. Dies gilt selbst dann, wenn im Stempel des Bestandsplanes eine Regelverlegetiefe von 1,0 m angegeben ist.

Die KSR-Anlagen mit ihren innenliegenden LWL-Kabeln sind überwiegend entlang von Versorgungsleitungen unter Nutzung der gesetzlichen Bestimmungen der §§ 68, 69, 76 TKG verlegt. Die Versorgungsleitungen sind grundsätzlich durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten der §§ 1090 ff. BGB oder Gestattungsverträge gesichert.

Sogenannte Solotrassen sind i.d.R. ebenfalls durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten oder Gestattungsverträge mit einem Schutzstreifen von in der Regel 1 m bis 2 m Breite gesichert.

Im beiderseitigen Interesse sind wir bzw. der Technische Verwalter* der GasLINE bereits bei der Planung über alle Maßnahmen und Vorhaben im Bereich des Schutzstreifens zu unterrichten, damit erforderliche Schutzmaßnahmen rechtzeitig vereinbart werden können.

Berühren die Flächennutzungs- und Bebauungspläne oder die sich hieraus ergebenden Folgemaßnahmen den Schutzstreifen, so sind zur Vermeidung unzulässiger Einwirkungen folgende Punkte zu beachten:

1. Wir empfehlen, die KSR-Anlage mit Schutzstreifen nach § 5 Abs. 4 bzw. § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in die Bauleitpläne zu übernehmen oder sonst an geeigneter Stelle zu beschreiben und zeichnerisch darzustellen.

Lagepläne werden bei Bedarf zur Verfügung gestellt oder die KSR-Anlage(n) von der PLEdoc GmbH, in eine Kopie des Flächennutzungsplanes bzw. Bebauungsplanes nachrichtlich übernommen.

2. Nicht zulässig sind innerhalb des Schutzstreifens zum Beispiel:

- die Errichtung von Gebäuden aller Art
- die Einleitung von Oberflächenwasser / aggressiver Abwässer,
- sonstige Einwirkungen, die den Bestand oder den Betrieb der Leitung gefährden oder beeinträchtigen.

Nur mit unserer besonderen Zustimmung und Einhaltung unserer Auflagen sind statthaft

- die Freilegung unserer KSR-Anlage,
- Niveauänderung im Schutzstreifen,
- der Neubau von kreuzenden oder parallel führenden Straßen, Wegen, Kanälen, Rohrleitungen, Kabeln, Freileitungen und Gleisanlagen sowie
- die Durchführung sonstiger Baumaßnahmen, sofern eine Leitungsbeeinflussung nicht ausgeschlossen werden kann.

3. Der Schutzstreifen kann landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden. Anpflanzungen von Bäumen und tiefwurzelnden Sträuchern, insbesondere bei Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Kompensation, sind zum Schutz der KSR-Anlage grundsätzlich außerhalb des Schutzstreifens zu planen.

Bauausführung

Rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten muss der Unternehmer der GasLINE bzw. dem Technischen Verwalter der GasLINE den bevorstehenden Arbeitsbeginn anzeigen und einen Termin zur vorherigen Ortseinweisung vereinbaren.



GasLINE
Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher
Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG

Zuständigkeitsbereich der
GasLINE CP Customer Projects GmbH Paesmühle
Paesmühlenweg 8–12
47638 Straelen

Phone: + 49 2834 7032-0
Fax: +49 2834 7032-1747

www.gasline.de

Stand Januar 2018

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

57003 Siegen

Az.: 3355rö21.eml

Olpe, 09.08.2021

BPlan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änd.

Ihr Schreiben vom 04.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt „1. Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler...“.

Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

Von: [Loth, Armin](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: BP457 Rothenberg - frühzeitige Beteiligung
Datum: Montag, 23. August 2021 11:21:20

Sehr geehrter Damen und Herren,

seitens der Siegener Versorgungsbetriebe bestehen keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

=====

Dipl.-Ing. (FH) Armin Loth
Handlungsbevollmächtigter
Abteilungsleiter Planung
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29-37
57072 Siegen

Tel.: 0271 / 3307-204
E-Mail: Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de
www.svb-siegen.de

=====

Geschäftsführer:
Thomas Mehrer
Aufsichtsratsvorsitzender:
Frank Weber

Sitz der Gesellschaft: Siegen
Register-Nr.: HRB 1438
USt.-IdNr.: DE126569515

Vodafone NRW GmbH, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

Universitätsstadt Siegen - Der Bürgermeister
Herr Sebastian Kapitza
Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung
Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bearbeiter(in): Frau Schröder
Abteilung: Order Entry
Direktwahl: +49 561 7818-153
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: EG-35090

Seite 1/1

Datum
01.09.2021

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd.

Sehr geehrter Herr Kapitza,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.

Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.

Bitte beachten Sie:

Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass Vodafone und Unitymedia trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.

Freundliche Grüße

Order Entry Vodafone

Vodafone NRW GmbH

Aachener Str. 746-750, 50933 Köln, Postanschrift: Zentrale Planung, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel
vodafone.de

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender), Anna Dimitrova, Bettina Karsch, Andreas Laukenmann, Gerhard Mack, Alexander Saul
Handelsregister: Amtsgericht Köln, HRB 55984, Sitz der Gesellschaft: Köln, USt-ID DE 813 243 353

Von: [Göttert, Regine](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: BP 457 PV-Anlage Rothenberg - frühzeitige TöB - Wasserverband Siegen-Wittgenstein - Göttert
Datum: Mittwoch, 4. August 2021 13:14:44
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)
[image003.jpg](#)
[image004.png](#)

Siegen, Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 4. August 2021

Unser Zeichen: 1-1-14 / T10

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, Flur 12, Flurstück 12 sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße vom Wasserverband

Regine Göttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein
Einheitsstraße 23
57076 Siegen
Telefon +49 271 7096-47
Telefax +49 271 71098
r.goettert@wvs.nrw
www.wvs.nrw



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

Von: Kapitza, Sebastian [mailto:S.Kapitza@siegen.de]

Gesendet: Mittwoch, 4. August 2021 10:35

An: Kapitza, Sebastian <S.Kapitza@siegen.de>

Betreff: BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd. - frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und die 106. FNP-Änderung im Parallelverfahren aufzustellen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebene Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz geschaffen werden.

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung. Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich gemäß Ausgleichsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz notwendig ist. Ebenfalls werden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 106 im Parallelverfahren ist erforderlich, um den Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **03.09.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB findet in der Zeit vom 09.08. bis 27.08.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link ab sofort bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung41

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sebastian Kapitza

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 • Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3288 • Telefax: (0271) 40436-3288

Von: [Achenbach, Uwe](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Cc: [Kapitza, Sebastian](#)
Thema: BP 457 PV-Anlage Rothenberg - frühzeitige TöB - Westnetz GmbH - Achenbach
Datum: Mittwoch, 4. August 2021 13:23:06
Anlagen: [image005.png](#)
[image006.png](#)
[image007.jpg](#)
[image008.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als zuständiger Netzbetreiber sind wir seit geraumer Zeit über die Planungen der SVB, eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz zu schaffen, unterrichtet.

Die Lage der PV-Anlage und des daraus resultierenden Netzanschlusspunktes der erforderlichen Transformatorenstation ist im Wesentlichen mit uns bereits abgestimmt. Insofern haben wir zu dem Vorhaben keine Bedenken oder Einwände vorzubringen.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Achenbach

Westnetz GmbH
Regionalzentrum Siegen
Netzplaner Strom Team Siegen
Friedrichstraße 60, 57072 Siegen
T intern 753-2394
T extern +49(0)271/584-2394
M+49(0)162 / 284 60 51

Geschäftsführung: Diddo Diddens, Dr. Jürgen Grönnert, Dr. Stefan Küppers,
Sitz der Gesellschaft: Dortmund
Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr. HRB 30872
UST.-IdNR. DE 325265170

Von: Kapitza, Sebastian <S.Kapitza@siegen.de>

Gesendet: Mittwoch, 4. August 2021 10:35

An: Kapitza, Sebastian <S.Kapitza@siegen.de>

Betreff: [EXT] BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" und 106. FNP-Änd. - frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

This message is from an EXTERNAL SENDER - be CAUTIOUS , particularly with links and attachments

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und die 106. FNP-Änderung im Parallelverfahren aufzustellen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die SVB GmbH betriebene Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie und Einspeisung in das örtliche Stromversorgungsnetz geschaffen werden.

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung. Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich gemäß Ausgleichsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz notwendig ist. Ebenfalls werden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 106 im Parallelverfahren ist erforderlich, um den Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **03.09.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB findet in der Zeit vom 09.08. bis 27.08.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link ab sofort bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung41

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sebastian Kapitza

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 • Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3288 • Telefax: (0271) 40436-3288

Von: [REDACTED]
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: PV-Anlage Rothenberg
Datum: Sonntag, 8. August 2021 21:52:24

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herrn,
die Errichtung der Pv-Anlage auf dem Wiesengelände am Rothenberg dürfte meiner Meinung nach nicht genehmigt werden, weil dort die Anlage die landwirtschaftliche Nutzung zur Gewinnung von Tierfutter (Heu) verhindert ferner muß die Fläche eingezäunt werden und es müssen Baumaßnahmen zur Einspeisung des von der Anlage produzierten Stroms gebaut werden , des weiteren hat das Gelände nicht die optimale Ausrichtung zur Sonne . nach meiner Meinung verfolgt die SVB

damit eine Darstellung als grünes Unternehmen und möchte mit dem Bau staatliche Förderungen abgreifen . von meinem Balkon habe ich das Industriegebiet Marienhütte im Blick und sehe auf die bis Abends von der Sonne beschienenen Hallendächer ,warum baut die SVB als angeblich nachhaltiges Unternehmen die PV Anlage nicht auf diese Dächer.

MfG

Gesendet von [Mail](#) für Windows 10

**Die Autobahn GmbH
des Bundes**

Niederlassung Westfalen

Außenstelle Bochum

Philippstraße 3
44803 Bochum

T: +49 173 1643043

E: olaf.raabe@autobahn.de
www.autobahn.de

Az.: **Planung Dritter-457-Sie**

Die Autobahn GmbH des Bundes · NL Westfalen · Philippstraße 3 · 44803 Bochum

Stadt Siegen
Arbeitsgruppe 4/5-2 - Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
--, 11.03.2022

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
---,---

Name, Durchwahl
Herr Raabe, -519

Datum
25.04.2022

Bauleitplanung - Beteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
hier: Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. Änderung des
Flächennutzungsplanes

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kapitza,**

der Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ sowie die dazugehörige
Flächennutzungsplanänderung liegen anbaurechtlich im Einwirkungsbereich
der A 45 und der Anschlussstelle Siegen.

Zusätzlich tangiert der Geltungsbereich des Bebauungsplanes die Ausbauab-
sichten der Autobahn GmbH im Bereich der A 45.

Aufgrund dieser Konstellation sind für den Bebauungsplan und die Flächennut-
zungsplanänderung die nachstehenden Auflagen und Anpassungen zu berück-
sichtigen.

- Das im Flächennutzungsplan dargestellte Sondergebiet mit der Zweck-
bestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage ist entsprechend der Be-
bauungsplanausweisung anzupassen. Die im Bebauungsplan ausgewie-
sene Grünfläche ist auch im Flächennutzungsplan darzustellen, um auch
in diesem Plan eine eindeutige Abgrenzung der vorgesehenen unter-
schiedlichen Nutzung zu verdeutlichen.
- Durch die auf der eigentlichen Photovoltaikfläche geplanten Module
dürfen die Verkehrsteilnehmer auf der A 45, einschließlich der An-
schlussstelle Siegen, keiner Blendungswirkung oder Ablenkung als Folge
von Reflexionen ausgesetzt werden. Im Zweifelsfall ist die verkehrliche

Geschäftsführung

Stephan Krenz (Vorsitzender)
Gunther Adler
Anne Rethmann

Aufsichtsratsvorsitz
Dr. Michael Güntner

Sitz
Berlin
AG Charlottenburg
HRB 200131 B

Steuernummer
30/260/50246

Bankverbindung
UniCredit Bank
IBAN
DE10 1002 0890 0028 7048 95
BIC HYVEDEMM488

Unbedenklichkeit der gesamten Anlage durch ein Gutachten nachzuweisen oder alternativ ein lückenloser und ausreichender Sichtschutz in Form eines Zaunes oder einer dauergrünen Hecke vorzusehen.

- Das Fernstraßen-Bundesamt und die Autobahn GmbH sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu beteiligen.
- Gemäß § 9 Absatz 2 Fernstraßengesetz bedürfen bauliche Anlagen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Auf- und Abfahrtsarme der Anschlussstellen sind Bestandteile der Autobahn. In diesem Zusammenhang ist im Bebauungsplan auch die 100 m - Anbaubeschränkungszone im Bereich der Verbindungsrampen der Anschlussstelle Siegen zeichnerisch darzustellen.
- Der im Bebauungsplan ausgewiesene private Gehölzstreifen wird am westlichen Rand durch den geplanten Brückenneubau im Zuge der L 533 und der damit verbundenen Trassenanpassung tangiert. Bei einer Neubepflanzung der Fläche sind die überplanten Randbereiche freizuhalten. Ich rege daher an, die Fläche um die betroffenen Bereiche zu verringern. Die voraussichtliche Überschneidung mit dem privaten Gehölzstreifen ist aus der angefügten Anlage zu entnehmen. Ein baubedingter Streifen von ca. 2 m ist zusätzlich zu berücksichtigen.
- Dauerhafte oder temporäre Werbeanlagen sowie Baustellenschilder, die von der Autobahn oder von den Verbindungsrampen eingesehen werden können, bedürfen der straßenrechtlichen Zustimmung durch das Fernstraßen-Bundesamt.
- Die oben angeführten Anmerkungen zur Anbaubeschränkung und zu den Werbeanlagen sind als textliche Hinweise in die Bauleitplanung zu übernehmen.

Freundliche Grüße

gez.:

Anna Katharina Bensch
(Geschäftsbereichsleiterin)

gez.:

Olaf Raabe
(Sachbearbeiter)

AS
Siegen

This technical drawing illustrates a road intersection. A main road runs vertically, with a flyover crossing over it. A green ramp, highlighted in green, leads from the bottom left towards the intersection. A red line traces a path from the ramp, through the intersection, and towards the top right. A building is shown in the center, and a curved road is on the right. A scale of approximately 1:1,000 is noted in red at the bottom right.

Ausfädelungstreifen
 $L_A = 250\text{m}$

$\sim 1:1000$



**Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihre Ansprechpartnerin:

Johanna Denker
Zimmer: 822
Telefon: 0271 333-1841
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: j.denker@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

20. April 2022

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 "Photovoltaik-Anlage Rothenberg" der Stadt Siegen im Stadtteil Gosenbach im Parallelverfahren mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 11.03.2022 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Untere Immissionsschutzbehörde

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Aus wasserrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken.

Im Vergleich zur letzten Entwurfsfassung sind die aktualisierten Vorgaben zur Beschränkung der versiegelten Fläche der Nebenanlagen sowie der Verzicht auf Schotterrasenflächen für Wartungswege und Wendeflächen zu begrüßen, da sie zu einer Minimierung der Versiegelung beitragen.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfallwirtschafts- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken, sofern die im Umweltbericht zur Aufstellung des B-Planes 457 auf

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

den Seiten 33/34 beschriebenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen im Hinblick auf das „Schutzgut Boden“ zur Anwendung kommen.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Aus naturschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine grundsätzlichen Bedenken. Zu den aktuellen Planunterlagen wird jedoch folgender Überarbeitungsbedarf gesehen:

Zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes:

1. Um die naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend vollständig darzustellen, ist eine Ergänzung des Begründungsentwurfes unter Ziff. 2.3 auf S. 8 wünschenswert: Es fehlt gem. § 20 (4) LNatSchG NRW die Bedingung, dass die Verbotsbestimmungen des Landschaftsplanes Siegen für das Landschaftsschutzgebiet Siegen bei Rechtskraft des Bebauungsplanes nur zurücktreten, sofern im Flächennutzungsplanverfahren seitens des Kreises als Träger der Landschaftsplanung nicht widersprochen wurde.

Zur Aufstellung Bebauungsplan Nr. 457 „Photovoltaikanlage Rothenberg“:

2. Der Entwurf der Begründung bedarf unter Ziff. 2.4 hinsichtlich der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen der gleichen Ergänzung wie die Begründung des FNPs (siehe Punkt 1.).
3. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag formuliert auf Seite 15 (Ziff. 6.2 / letzter Absatz) eine unklare Anmerkung bzgl. faunistischer Untersuchungen und Unterer Naturschutzbehörde und der Beitrag bedarf diesbezüglich einer Überarbeitung.
4. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag formuliert unter Ziff. 6.3.1 in verbindlicher Form Maßnahmen, welche erforderlich sind um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände zu vermeiden. In der Zusammenfassung unter Ziff. 7.0 des Fachbeitrages (sowie im Ergebnis auch in allen weiteren Unterlagen) werden die gleichen Maßnahmen hingegen in widersprüchlicher Weise im Konjunktiv formuliert, welches einen im Artenschutzrecht allerdings nicht vorhandenen Abwägungsspielraum suggeriert.
5. Im Übrigen wird unter gleicher Ziff. 6.3.1 des Fachbeitrages wie folgt formuliert: *„Das Eintreten unvermeidbarer Beeinträchtigungen wird durch die Einhaltung der folgenden Vermeidungsmaßnahmen sichergestellt.“*

Sofern jedoch unvermeidbare Beeinträchtigungen von Arten oder Habitaten entstehen, so sind diese i.S. des § 44 BNatSchG durch geeignete Maßnahmen des Artenschutzes zu kompensieren. Dieses wiederum ergibt sich allerdings aus den Planungsunterlagen bisher nicht.

6. Vorgesehen ist u.a. lt. Umweltbericht eine Kompensation des bilanzierten ökologischen Biotopwertverlustes in Höhe von 13.154 Punkten mittels Inanspruchnahme eines bei der Unteren Naturschutzbehörde geführten Ökokontos. Aus den Planungsunterlagen sollte hervorgehen, um welches Ökokonto es sich genau handelt. Außerdem wird empfohlen, sich für das weitere Vorgehen mit der uNB in Verbindung zu setzen.

4. Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken. Anmerkungen und Hinweise werden nicht gegeben.

5. Sonstige Anmerkungen und Hinweise

1. Im Entwurf des Flächennutzungsplanes fehlt die Darstellung des Erholungsbereiches.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Ramona Plaschke

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen
4/5-2AG Stadtplanung

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512
e-mail: michael.dueben@gmx.de
Bad Berleburg, 07.04.2022

Sebastian Capitza

Betr.: BPlan Nr 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Ihr Schreiben vom 11.3.2022; Ihr Zeichen stadtplanung@siegen.de

Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein
Labü: SI-505/21

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kreis Siegen-Wittgenstein ist der walddreichste Kreis Deutschlands, teilweise haben wir hier Waldanteile von 70 %. Dies bedeutet: Offenlandbereiche zur Produktion von Lebensmitteln durch die Landwirtschaft und als Lebensraum für viele Arten ist relativ knapp.

Durch die Nutzung dieser knappen Offenlandbereiche zur Etablierung von Solarparks soll angeblich, wie in diesem Fall, eine weitere landwirtschaftliche Nutzung beschränkt möglich sein. Auch wenn Landwirte Ausgleichszahlungen erhalten, werden Landwirte, wenn immer weitere Solarparks eingerichtet werden, versuchen, diese Produktionsverluste durch Intensivierung der Bearbeitung anderer Flächen zu kompensieren. Dies bedeutet dann eventuell Einsatz von Pestiziden und Herbiziden sowie noch größere Düngemengen, was wiederum zu einer Gefahr für unser Grund- und Trinkwasser führt.

Landwirte werden weniger bereit sein, Flächen entsprechend dem Vertragsnaturschutz extensiv zu bewirtschaften, so dass der Natur- und Artenschutz schwere Rückschläge erfahren könnte.

Schon jetzt wird ja wegen des Krieges in der Ukraine und der Ernährung der Weltbevölkerung darüber diskutiert, Brachflächen und ökologisch wertvolle Flächen zu intensivieren um genügend Nahrungsmittel herzustellen.

Eine Nutzung immer mehr landwirtschaftlicher Flächen zur Gewinnung von Solarenergie verschärft diesen Effekt gewaltig und auch der Natur- und Artenschutz leidet darunter.

Wie sollen z.B. Greifvögel und Eulen auf einem mit Solarpaneelen ausgestatteten Gebiet Mäuse jagen, um überleben zu können?

Dabei ist die Nutzung der Offenlandbereiche zur Erzeugung von erneuerbaren Energien nicht notwendig, da es genügend Alternativen gibt. Laut ZDF heute werden in Deutschland noch nicht einmal 10 % der nach Süden ausgerichteten zur Erzeugung von Strom durch Sonnenenergie geeigneten Dachflächen mit Paneelen genutzt.

Überall, so auch in Siegen, gibt es großflächig versiegelte Flächen, wie z.B. Parkplätze und große Dächer von Industriehallen in Gewerbegebieten, die sich zur Nutzung durch Fotovoltaik anbieten. Speziell in den Gewerbegebieten könnte der Strom dann sofort ohne große Leitungsverluste genutzt werden.

Die Nutzung von Offenlandflächen zur Installation von Fotovoltaikanlagen ist sicherlich die preisgünstige Möglichkeit, Sonnenstrom zu erzeugen. Dies bedeutet, dass hier am einfachsten auch das meiste Geld verdient werden kann.

Um die Folgen des Klimawandels zu beherrschen, sollte allerdings nicht das größte Profitstreben, sondern die Vernunft zur Anwendung kommen. Es kann nicht sein, dass wir immer mehr Naturraum nutzen und versiegeln in Zeiten einer weltweiten Biodiversitätskrise mit ungeheurem Artensterben. **Da es also sinnvolle, naturschonende Alternativen gibt, lehnen wir diese Planungen ab.**

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



NABU-Siegen-Wittgenstein Kirchweg 17 57271 Hilchenbach

An
Herrn Sebastian Kapitza
4/5-2AG Stadtplanung
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

1. Vorsitzende

Prof. Dr. Klaudia Witte
Kirchwiese 12
57078 Siegen

Tel.: 0271/ 2385184

e-mail: witte@biologie.uni-siegen.de

Siegen, den 22.04.2022

Sehr geehrter Herr Kapitza,

in ihrer Mail vom 11. März 2022 baten Sie mich um eine Stellungnahme zum BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange § 4 (2) BauGB. Mit diesem Schreiben lege ich Ihnen meine Stellungnahme als 1. Vorsitzende des NABU KV Siegen-Wittgenstein vor.

Die Stadt Siegen plant auf einer Fläche des offenen Grünlandes eine PV-Anlage, die Teil einer wichtigen Biotopverbundfläche ist. Daher ist der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag von großer Bedeutung. Dieser Fachbeitrag wurde von Herrn Mestermann, Büro für Landschaftsplanung durchgeführt. Auf S. 5 des Berichts schreibt Herr Mestermann: „Im Rahmen der Artenschutzprüfung ist eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Untersuchungsraum vorkommenden Tier- und Pflanzenarten erforderlich. Im Regelfall bedarf es einer Gesamtschau, die sich auf eine Auswertung vorhandener Erkenntnisse (z. B. Datenbanken) und bei Bedarf auch methodisch beanstandungsfreie Erfassungen vor Ort gründet.“

Der Verfasser war jedoch nur an einem **einzigen Termin, am 20. Mai 2021**, tagsüber vor Ort. Aufgrund der Witterungslage im Frühjahr 2021 war die Entwicklung der Vegetation etwa 10-14 Tage hinter der normalen Entwicklung zurück. Das heißt, eine Vegetationsaufnahme war an dem Termin nicht möglich. Daher wundert es auch nicht, dass keine Artenliste vorgelegt wurde. Dieser Termin ist zudem viel zu früh im Jahr, um planungsrelevante Arten, wie z. B. den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Maculinea nausithous*) anzutreffen, denn seine Flugzeit ist von Mitte Juli bis Mitte August. Auch kann im Mai noch nicht der für die Entwicklung des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling wichtige Große Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*) erkannt werden. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sowohl diese Pflanze als auch der Bläuling auf dieser Fläche vorkommen. Denn die Recherche zu dieser Fläche ergab, dass „Das Plangebiet liegt im Bereich der Biotopverbundfläche VB-A-5113-012 „Nördlicher Giebelwald“. Des Weiteren liegen etwa 340 m östlich des Plangebietes die Biotopverbundflächen VB-A-5113-016 „Siegtal zwischen Deuz und Siegen“ sowie VB-A-5015-022

„Siegtal“. Es werden der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling sowie Rotmilan und Raubwürger als planungsrelevante Arten genannt (LANUV 2021A).“ (S. 21).

Auf S. 26 kommt daher Herr Mestermann zu dem Schluss, dass „die Auswertung der Schutzgebiete bzw. schutzwürdigen Bereiche Hinweise zum Vorkommen von Rotmilan, Raubwürger und Dunklem Wiesenknopf-Ameisenbläuling [ergab].

Danach gleicht Herr Mestermann die Daten seiner einzigen Begehung am 20.5.2022 mit den Daten des LANUV ab. Ab hier wird der Bericht unseriös. Herr Mestermann kommt auf Grundlage seiner einzigen Begehung am 20.5.2021 zu dem Schluss, dass „eine artenschutzrechtliche Betroffenheit für die folgende Schmetterlingsart gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG wird somit voraussichtlich ausgeschlossen:

- Dunkler Wiesenknopf Ameisenbläuling.“

Diese Schlussfolgerung ist aus vielerlei Hinsicht unseriös. Ersten fand nur eine Begehung statt, was den Richtlinien einer artenschutzrechtlichen Prüfung nicht genügt. Zweitens konnte der Ameisenbläuling nicht beobachtet werden, da die Begehung für diese Art zum falschen Zeitpunkt stattfand. Auch ist es im Mai noch nicht möglich, die Rosettenblätter des Großen Wiesenknopfs zu finden. Interessanterweise unterscheiden sich die beiden mir vorliegenden Fachbeiträge von Herrn Mestermann in diesem Punkt. Der eine Fachbeitrag (vom Juli 2021) wurde mir im September 2021 zur Verfügung gestellt, der zweite (von Januar 2022) im März 2022 auf dem Portal der Stadt Siegen (vergleiche jeweils S. 28).

Ebenso kommt der Gutachter zu dem Schluss hinsichtlich **besonders geschützter Pflanzenarten**: „Die Landschaftsinformationssammlung NRW führt keine Fundorte von geschützten Pflanzen und auch keine Hinweise zu gesetzlich geschützten Biotopen auf. Bei der Kartierung Ende Mai 2021 wurden ebenfalls keine Hinweise auf geschützte Pflanzenarten erbracht.“

Wie oben beschrieben konnte am 20.5.21 keine Vegetationsaufnahme stattfinden. Dies gilt insbesondere für den Großen Wiesenknopf. Es sei denn, es ist ein Spezialist, der alle Pflanzen anhand der vegetativen Teile eindeutig bestimmen kann.

Außerdem fehlt ein Monitoring der Fledermäuse, was in der Dämmerung bzw. nachts stattfinden muss und ein Vogelmonitoring, das an mehreren Tagen früh morgens hätte stattfinden müssen.

Als Schutzzweck für diese Biotopverbundflächen werden Rotmilan und Raubwürger genannt. Durch das Planvorhaben geht eindeutig notwendiger Lebensraum dieser Vogelarten verloren.

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Auswirkungen einer PV-Anlage auf die Fledermäuse leider völlig falsch eingestuft. Durch die Abdeckung der Grünlandfläche durch die PV-Module ist die Fläche kein ergiebiges Jagdgebiet mehr für Fledermäuse. Lediglich fliegenden Insekten könnten noch erjagt werden, wobei klar sein wird, dass das Vorkommen an Fluginsekten nach Aufstellung der Anlage auf dieser Fläche geringer sein wird als jetzt. Die Jagd nach Mist- oder Laufkäfern wird hier nicht mehr möglich sein.

Das Plangebiet ist Teil einer Biotopverbundfläche. Da hier die gesamte Planfläche eingezäunt werden soll, muss gutachterlich noch genauer geprüft werden, ob dennoch ein Biotopverbund weiterhin möglich ist. Laut artenschutzrechtlichem Fachbeitrag gibt es hier die Auflage, dass die Einfriedung einen Mindestabstand von 20 cm zur Bodenkante aufweisen muss. Diese Auflage muss auch im eigentlichen B-Plan aufgeführt werden.

Trotz der vielen Mängel, die dieses Gutachten aufweist, kommt der Verfasser zu dem klaren Ergebnis: „Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ in Verbindung mit der 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen hat keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten. Eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände gemäß Stufe II ist demnach nicht durchzuführen.“

Dieser Aussage widerspreche ich hiermit und fordere eine ASP Stufe II, die alle planungsrelevanten Arten im Rahmen eines Monitorings umfasst und erfasst.

Ferner bleibt völlig offen, wie sich die Umzäunung der Anlage auf den Wildwechsel und auf die Zerschneidung von Territorien kleiner Säuger auswirkt. Wildwechsle.

Ich begrüße es sehr, dass sich die Universitätsstadt Siegen den Erneuerbaren Energien öffnet und Solarenergie nutzen will. Allerdings sollte dies nicht zum Nachteil des Natur- und Artenschutzes sein.

Die **Universitätsstadt Essen** geht andere Wege. In der folgenden Abbildung 1 sehen Sie eine komplette Hausfront mit PV-Modulen. Auch die Stadt Siegen hat ein hohes Potential Häuserwände und bereits verbaute Flächen (Gewerbegebiete, Parkhausdächer etc.) für PV-Anlagen zu nutzen. Da ist nur Kreativität gefragt. Da im Stadtgebiet und in den Gewerbegebieten Alternativen für PV-Anlagen vorhanden sind, lehne ich eine PV-Anlage im Biotopverbundsystem Rothenburg ab.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Klaudia Witte



Abb. 1. Hausfront mit PV-Modulen eines Hochhauses in Essen. (Foto: K. Witte)

Landwirtschaftskammer NRW · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Universitätsstadt Siegen
Der Bürgermeister
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Herrn Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Stratmann

Durchwahl: 69

Mail: janina.stratmann@lwk.nrw.de

Meschede 29.04.2022

BPlan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“ und 106. FNP-Änderung

Hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausweisung von Sondergebieten mit der Zweckbestimmung „PV-Anlage“ ist aus landwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich abzulehnen. Eine Überplanung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Photovoltaikanlagen entzieht diese dauerhaft der Lebensmittelproduktion, da eine landwirtschaftliche Nutzung unterhalb der Anlage nur noch mit erheblichen Einschränkungen oder gar nicht möglich ist.

Auch in vorliegendem Fall wird die Grünlandfläche entgegen der Darstellung auf S.16 der Begründung zu o.g. FNP-Änderung sowie S.17 der Begründung zu o.g. Bebauungsplanaufstellung zur Lebensmittelproduktion genutzt, da auch die Futtermittelerzeugung für landwirtschaftliche Nutztiere Teil der Lebensmittelproduktion ist.

Eines der Hauptziele der Agrarpolitik bzw. der Landwirtschaft ist die Bereitstellung von sicheren und ausreichenden Nahrungsmitteln, um vor dem Hintergrund des steigenden weltweiten Bedarfs und starker Marktschwankungen zur Ernährungssicherheit beizutragen. Gerade in den letzten Wochen hat das Thema der Ernährungssicherheit durch den Russland-Ukraine-Krieg wieder an Bedeutung gewonnen und wird auch in den nächsten Jahren weiter ein bedeutendes Thema bleiben. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen und die Verknappung von Sonnenblumenöl und Weizen auf den Weltmärkten belegen die Bedeutung einer lokalen, regionalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Während die Landwirtschaft jedoch auf landwirtschaftliche Nutzflächen zur Lebensmittelproduktion angewiesen ist, kann die Energieproduktion mittels Photovoltaikanlagen auch auf anderen Flächen erfolgen.

Bezüglich des Kapitels 5.0 „Anderweitige Planungsmöglichkeiten und Null-Variante“ des Umweltberichts weisen wir darauf hin, dass es zahlreiche Planungsalternativen, z.B. durch Realisierung des Projektes auf bereits vorbelasteten, versiegelten Flächen gibt. Diese anderweitigen Planungsmöglichkeiten wurden im Umweltbericht nicht in Betracht gezogen. Der Umweltbericht ist daher aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht vollständig und entspricht nicht den Anforderungen des § 2 Abs. 4 BauGB.

Eine sorgfältige und detaillierte Alternativflächenprüfung ist auch aufgrund des § 1a BauGB vorgeschrieben. Dort heißt es, dass mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden soll. Zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen sind die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen der Innenentwicklung zu nutzen [...]. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. [...] Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich [...] genutzter Flächen soll begründet werden; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.

Aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht ist im Falle von Photovoltaikanlagen daher erst dann von einer notwendigen Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen auszugehen, wenn bereits sämtliche im Stadt-/ oder Gemeindegebiet liegenden Potenzialflächen für die solare Energiegewinnung genutzt werden. Dazu sind nicht nur die im Stadt-/ Gemeindegebiet liegenden nicht-landwirtschaftlichen Freiflächen (Böschungen, Halden, Steinbrüche, Brach- und Konversionsflächen etc.) sondern in Anlehnung an § 1a BauGB auch bereits versiegelte Flächen (Dachflächen, Parkplätze etc.) zu berücksichtigen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativflächen hat aus meiner Sicht nicht stattgefunden. Dies kann nicht allein dadurch begründet werden, dass auf Freiflächen eine größere und effizientere Stromerzeugung als auf Dachflächenanlagen möglich ist, da dies eine sehr einseitige Betrachtung des Nutzungskonflikts darstellt und keine anderweitigen Belange Berücksichtigung finden. Das Solarkataster des LANUV weist noch zahlreiche Potenzialflächen auf bereits versiegelten Flächen aus.

Die Photovoltaikanlage soll nur vorübergehend an besagter Stelle betrieben werden. Zudem hat die Photovoltaikanlage positive Umweltwirkungen (CO₂-neutrale Energieproduktion). Darüber hinaus soll die Errichtung laut S. 28f. des Umweltberichts positive Auswirkungen auf den Umweltzustand der Fläche haben. Es wird daher gefordert, dass auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund der beschriebenen Umweltleistungen grundsätzlich verzichtet wird.

Die im Rahmen des Umweltberichts angefertigte Ausgleichbilanzierung kann aus landwirtschaftlich-fachbehördlicher Sicht nicht nachvollzogen werden. Die in Abbildung 17 des Umweltberichts dargestellten Bereiche 3.5* werden als Artenreiche Mähwiese im

Bereich der PV-Anlage mit dem Wertfaktor „2“ berücksichtigt. Die Flächen dürften einem extensiv genutzten Grünland in der Regel in nichts nachstehen und daher mindestens ein Wertfaktor von 5 angesetzt werden. Ganz im Gegenteil müsste laut der Darstellung des Umweltberichts u.a. auf S. 28f. sowie S.33f eher ein deutlich höherer Wertfaktor angenommen werden. Letzteres gilt auch für die Bereiche 3.5. Die vorgenommenen Abschläge hinsichtlich der Bereiche 3.5* erscheinen willkürlich sowie zu Aussagen des Umweltberichts widersprüchlich und ohne fachlichen Hintergrund gewählt zu sein. Andernfalls sollte in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB festgehalten werden, dass die Anlage so errichtet wird und die Flächen unter und zwischen den Modulen so bewirtschaftet werden, dass für die Bereiche 3.5* mindestens 5 Werteinheiten erzielt werden können.

Die überschüssigen ökologischen Werteinheiten sind einem Ökokonto gutzuschreiben und vorrangig vor der weiteren Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichsmaßnahmen zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stratmann

Netzauskunft

PLEdoc GmbH □ Postfach 12 02 55 □ 45312 Essen

Telefon 0201/36 59 - 0
E-Mail netzauskunft@pledoc.de

Universitätsstadt Siegen
AG 4/5-2 Stadtplanung
Sebastian Kapitza
Lindenplatz 7
57078 Siegen

zuständig Christine Pietrowski
Durchwahl 0201/3659-460

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
	11.03.2022	PLEdoc	20220305493	04.04.2022

Bebauungsplan Nr. 457 "Photovoltaik-Anlage Rothenberg" und 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen
Hier: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB

Tabelle der betroffenen Anlagen:

Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen m	Beauftragter
GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_112_101	10	2	Maintenance Management Center (MMC) 0201/3642-17866 https://einweisung.mmc-portal.de

Bezug: unser Schreiben 20210800738 an Sie vom 09.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen und der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.

Mit unserem Bezugsschreiben haben wir Ihnen im Rahmen der frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eine Stellungnahme angefertigt. Die dort genannten Auflagen / Hinweise haben nach wie vor Gültigkeit und sind zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig -

Geschäftsführer: Marc-André Wegener

PLEdoc GmbH • Gladbecker Straße 404 • 45326 Essen
Telefon: 0201 / 36 59-0 • Telefax 0201/ 36 59-163 • E-Mail: info@pledoc.de • Internet: www.pledoc.de
Amtsgericht Essen - Handelsregister B 9864 • USt-IdNr. DE 170738401
IBAN: DE83 3604 0039 0120 8115 00 • SWIFT: COBA DE FF 360

Zertifiziert nach
DIN EN ISO 9001
Zertifikatsnummer
SQ-9001 AU 6020





Regionalniederlassung Südwestfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Südwestfalen
Postfach 1164 · 57235 Netphen

Universitätsstadt Siegen

Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Kontakt: Georg Schumann
Telefon: 0271/3372-269
e-mail: georg.schumann@strassen.nrw.de
e-mail: zur Online-Beteiligung an Bauleitplanverfahren
plan3.hs.si@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.02.09 / 16.19 - 47 / SW / 4402
Datum: 26.04.2022

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“,
im Parallelverfahren zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen;**

- Ihr Schreiben (per e-mail) vom 11.03.2022, Az.: - ohne -
- Meine Stellungnahme vom 01.09.2021, Az.: - w.o. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den o.a. Bauleitplanungen der Stadt Siegen (*Bebauungsplan Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“* sowie *106. Änderung des Flächennutzungsplanes*) habe ich zuletzt mit Schreiben vom 01.09.2021 Stellung bezogen.

Im Beteiligungsverfahren zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB nehme ich für den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen hierzu nunmehr wie folgt Stellung:

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 457 „PV-Anlage Rothenberg“

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“, somit Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer durch die Siegener Versorgungsbetriebe zu betreibende „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ bestehen meinerseits keine grundsätzlichen Bedenken mehr.

Laut Punkt 3.2. **Maß der baulichen Nutzung - Unterpunkt Erschließung** - erfolgt die verkehrliche Erschließung der PV-Anlage ausschließlich über die südlich der Anlage vorhandene Buswende, welche in Stat. ~ 1,330 bereits verkehrsgerecht an die Landesstraße Nr. 533 angebunden ist.

Die besagte Buswende liegt noch im freien Streckenzug der Landesstraße allerdings innerhalb der per Ortstafel „verkehrsrechtlich“ festgesetzten Ortsdurchfahrt.

Die verkehrliche Erschließung der Anlage kann somit als gesichert angesehen werden.

- bitte wenden

Straßen.NRW-Betriebsitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
Telefon: 0209/3808-0
Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE2030050000004005815 BIC: WELADED3
Steuernummer: 319/5922/5316

Regionalniederlassung Südwestfalen

Untere Industriestr. 20 · 57250 Netphen
Postfach 1164 · 57235 Netphen
Telefon: 0271/3372-0
kontakt.rml.sw@strassen.nrw.de

Ich weise allerdings weiter darauf hin, dass - *nach ständiger Rechtsprechung* - Zufahrten zu freien Strecken klassifizierter Straßen auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt bleiben sollen.

Über die o.a. Zuwegung (Buswende) hinaus dürfen keine weiteren Zufahrten oder Zugänge an die Landesstraße vorgesehen bzw. angelegt werden.

Hier insbesondere die im nördlich Bereich der Anlage im Zuge der Landesstraße - etwa in Stat. 1,480 - vorhandene Zuwegung zu der dort vorhandenen Mobilfunkanlage darf nicht der verkehrlichen Erschließung der Photovoltaik-Anlage dienen.

zur 106. Änderung des Flächennutzungsplan

Gegen die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen und somit Umwandlung einer „Grünfläche“ in eine „Sonderbaufläche“ mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ bestehen meinerseits dann keine grundsätzlichen Bedenken mehr, wenn die weiter oben, in Bezug auf die verkehrliche Erschließung angesprochenen Punkte Beachtung finden.

Das Inkrafttreten der Bauleitpläne bitte ich mir zu gegebener Zeit bekannt zu geben.

Nach Inkrafttreten bitte ich um Zusendung einer Fassung des rechtskräftigen Bebauungsplanes nebst einer Ausschnitts Kopie des wirksamen Flächennutzungsplanes mit eingearbeiteter Änderung in je 1-facher Ausfertigung für meinen Dienstgebrauch.

Verpflichtungen des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen zur Durchführung geplanter Maßnahmen oder zu einer finanziellen Beteiligung können aus dieser Stellungnahme nicht hergeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.


Georg Schumann

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

57003 Siegen

Servicezeiten:

Mo.-Do. 8.30 - 12.30 Uhr, 14.00 - 15.30 Uhr

Freitag 8.30 - 12.30 Uhr

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.
Planbearbeitung
Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 1336rö22.eml
Olpe, 24.03.2022

BPlan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"

Ihr Schreiben vom 11.03.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Gegen die o.g. Planung bestehen aus Sicht der Archäologischen Denkmalpflege keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

Melanie Röring B.A.

Von: [Götttert, Regine](#)
An: [Stadtplanung, Siegen](#)
Thema: [extern] Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg" - WVS NICHT BETROFFEN
Datum: Montag, 14. März 2022 12:21:21

Bebauungsplan Nr. 457 "PV-Anlage Rothenberg"; Siegen, Flur 12 Flurstück 12

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 11. März 2022

Unser Zeichen: 1-1-14 / T10

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, Flur 12, Flurstücke 12 sind **keine** Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße vom Wasserverband

Regine Götttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein
Einheitsstraße 23
57076 Siegen
Telefon +49 271 7096-47
Telefax +49 271 71098
r.goetttert@wvs.nrw
www.wvs.nrw



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?